

Bildung in Deutschland kompakt 2024



Zentrale Befunde des Bildungsberichts

GEFÖRdert VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



KULTUSMINISTER
KONFERENZ

wbv

Der Bericht wurde unter Federführung des DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation von einer Autor:innengruppe und ihren Co-Autor:innen erstellt, die den folgenden wissenschaftlichen Einrichtungen und Statistischen Ämtern angehören:

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für lebenslanges Lernen e.V. (*DIE*), Deutsches Jugendinstitut (*DJI*), Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (*DZHW*), Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (*LifBi*), Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (*SOFI*) an der Georg-August-Universität sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (*Destatis*, *StLÄ*)

Verantwortliche Autor:innen:

Prof. Dr. Kai Maaz (*DIPF*),
Sprecher der Autor:innengruppe
Prof. Dr. Cordula Artelt (*LifBi*)
Leitende Regierungsdirektorin Pia Brugger (*Destatis*)
Prof. Dr. Sandra Buchholz (*DZHW*)
Dr. Stefan Kühne (*DIPF*)
Prof. Dr. Susanne Kuger (*DJI*)
PD Dr. Holger Leerhoff (*StLÄ*)
Prof. Dr. Josef Schrader (*DIE*)
Prof. Dr. Susan Seeber (*SOFI/Universität Göttingen*)

Mitautor des Schwerpunktkapitels:

Prof. em. Dr. Dieter Euler
(*Universität St. Gallen*)

Projektassistentz:

Verena Engelhardt (*DIPF*)
Robyn Schmidt (*DIPF*)

Co-Autor:innen:

Dr. Bettina Arnoldt (*DJI*)
Maximilian Bach (*Destatis*)
Victoria Herrmann-Feichtenbeiner (*DIPF*)
Madlain Hoffmann (*LifBi*)
Dr. Christian Kerst (*DZHW*)
Jonathan Kohl (*DIE*)
Katharina Kopp (*Forschungsverbund DJI/TU Dortmund*)
Sophie Krug von Nidda (*DIPF*)
Dr. Susanne Lochner (*DJI*)
Dr. Josefine Lühe (*DIPF*)
Anja Malchin (*StLÄ*)
Svenja Mank (*DIPF*)
Ricarda Nauenburg (*StLÄ*)
Dr. Maria Richter (*SOFI*)
Catherine Tiedemann (*Forschungsverbund DJI/TU Dortmund*)
Tim Ziesmann (*Forschungsverbund DJI/TU Dortmund*)

Impressum

Gesamtherstellung:

wbv Publikation
ein Geschäftsbereich von wbv Media GmbH & Co. KG,
Bielefeld 2024

Umschlagfotos:

links unten: iStock.com/sturti
oben: iStock.com/JohnnyGreig
rechts: iStock.com/klingsup

Konzeption der Infografiken:

sapera_

www.sapera.com

Diese Publikation ist mit Ausnahme der Umschlagfotos unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Sie ist kostenlos verfügbar unter wbv-open-access.de und bildungsbericht.de.

Bildung in Deutschland ist ein Bericht, der alle 2 Jahre eine systematische Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems auf Basis von Daten der amtlichen Statistik und aus sozialwissenschaftlichen Erhebungen bietet. Eine wissenschaftlich unabhängige Autor:innengruppe erstellt den von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Bericht. *Bildung in Deutschland* benennt den Stand und die Entwicklungsperspektiven in den verschiedenen Bereichen des deutschen Bildungssystems – von der Frühen Bildung über das Schulwesen, die berufliche Ausbildung und Hochschule bis hin zur Weiterbildung. Die Autor:innen analysieren die Bildungsvoraussetzungen, Bildungswege und Bildungsergebnisse von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und verknüpfen sie mit Daten zu Qualitätsmerkmalen von Bildungsinstitutionen sowie weiteren Kontextinformationen. Mit dieser Aufbereitung verfügbarer Daten dokumentiert auch der 10. Bildungsbericht bereichsübergreifend die aktuelle Entwicklung des Bildungssystems. Er bietet so eine Grundlage für fundierte Diskussionen in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Dieses umfassende Orientierungswissen beruht zum einen auf einer kontinuierlichen Recherche, Systematisierung und Zusammenstellung von Informationen zu politischen, rechtlichen und fachlichen Entwicklungen im Bildungswesen. Zum anderen fußen die Bildungsberichte auf Analysen repräsentativer und fortschreibbarer Daten. Diese werden unter der Leitidee von Bildung im Lebenslauf strukturiert, mit Blick auf übergreifende Fragestellungen erstmals oder unter erweiterten Gesichtspunkten analysiert und in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen interpretiert. Die Grundlage dafür bildet ein überschaubarer, systematischer, regelmäßig aktualisierbarer Satz von statistischen Kennziffern. Gebündelt geben sie als Indikatoren jeweils über ein zentrales Merkmal von Bildungsprozessen oder einen zentralen Aspekt von Bildungsqualität Auskunft.

Mit diesem breiten Ansatz wendet sich der Bildungsbericht an Bildungspolitik, Bildungsverwaltung und an die

Praxis im Bildungsbereich. Doch auch der interessierten Öffentlichkeit, der Wissenschaft sowie Lehrenden und Lernenden jeder Art stellt er aktuelle Informationen über Trends im Bildungswesen zur Verfügung. Die folgende Zusammenfassung bietet ein Resümee zentraler Ergebnisse des Bildungsberichts 2024. Sie werden kompakt und anschaulich für die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

- In einem 1. Schritt werden zentrale Befunde entlang der Kapitelstruktur des Gesamtberichts vorgestellt. Den Ausgangspunkt bilden demografische, wirtschaftliche sowie weitere gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Bildung. Anschließend werden bereichsübergreifende Grundinformationen gegeben, etwa zu den Bildungsausgaben oder zum Bildungsstand der Bevölkerung. Im Folgenden liegt der Fokus auf Trends und Problemlagen, die sich in den einzelnen Bildungsbereichen abzeichnen – von der Frühen Bildung bis zur Weiterbildung und den Erträgen von Bildung. In einem gesonderten Schwerpunkt-kapitel widmet sich der Bildungsbericht 2024 dem Thema „berufliche Bildung“, über das an dieser Stelle ebenfalls in einem eigenen Abschnitt informiert wird.
- Aus der Gesamtschau aller Einzelbefunde ergibt sich in einem 2. Schritt eine Reihe von bereichsübergreifenden Trends und Entwicklungslinien. Die Bildungsberichterstattung ist nicht darauf ausgerichtet, konkrete Handlungsempfehlungen für politische oder pädagogische Maßnahmen abzuleiten. Gleichwohl können und sollen die Befunde dazu beitragen, Handlungsfelder und -bedarfe genauer zu identifizieren.
- In diesem Sinne benennt die Autor:innengruppe in einem 3. Schritt die zentralen Herausforderungen, die sich aus ihrer Sicht für Bildungspolitik, Bildungsadministration und Bildungspraxis ergeben.

Weiterführende Informationen liefert auch die Homepage www.bildungsbericht.de. Dort sind alle bisher erschienenen Bildungsberichte in Gänze und auch ihre jeweiligen Datengrundlagen in digitaler Form verfügbar.

Entwicklungen im Bildungswesen spiegeln gesellschaftliche Prozesse wider: Die demografische und wirtschaftliche Dynamik, die Entwicklung der Familien- und Lebensformen und die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung wirken sich direkt oder indirekt auf das Bildungssystem aus und können Anpassungen auf institutioneller Ebene, im Bereich des Personals und bei den Bildungseinrichtungen notwendig machen. Konkrete Herausforderungen der jüngeren Zeit sind die Integration einer hohen Zahl von geflüchteten Personen, der nach wie vor im internationalen Vergleich zu hohe Einfluss der soziodemografischen Herkunft auf Bildungsteilnahme und Bildungserfolg sowie die angespannte Fachkräftesituation.

Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung – die Differenz der Geburten und Sterbefälle – ist schon seit den 1970er-Jahren negativ; ohne Zuwanderung würde die Bevölkerungszahl in Deutschland seit rund 50 Jahren kontinuierlich sinken. So ist der im Bereich Demografie aktuell quantitativ relevanteste Faktor die – größtenteils fluchtbedingte – Zuwanderung, dank der die Bevölkerungszahl 2022 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Millionen auf 84,4 Millionen Personen angestiegen ist. Dabei sind neben den 2,7 Millionen Zuwanderungen aus dem Ausland, 1,1 Millionen davon im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, auch 1,2 Millionen Fortzüge zu verzeichnen; die Nettozuwanderung beträgt demnach 1,5 Millionen Personen. Die Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen, besonders relevant für die Frühe Bildung, hat sich mit einer Zunahme um 20 % innerhalb der letzten 10 Jahre deutlich vergrößert. Auch die Altersgruppe im typischen Grundschulalter ist in diesem Zeitraum um 16 % gewachsen. Ebenso ist die Anzahl der über 60-Jährigen innerhalb der letzten 10 Jahre um 15 % gestiegen.

Der Anteil der Personen mit Einwanderungsgeschichte an der Gesamtbevölkerung wird kontinuierlich größer – 2005 betrug er noch 16 %, 2022 ist er auf 24 % angewachsen. Von den 20,2 Millionen Personen mit Einwanderungsgeschichte sind rund drei Viertel selbst eingewandert, ein Viertel sind Nachkommen von 2 eingewanderten Elternteilen. Das Medianalter dieser Bevölkerungsgruppe lag 2022 mit 37 Jahren 12 Jahre unter dem der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte.

Die Familie bildet den ersten und zugleich zentralen Ort der Sozialisation und der Persönlichkeitsbildung. Daher sind die entsprechenden familialen Konstellationen, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, von hoher Relevanz. 2022 lebte mit 49 % knapp die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands in Familien, also als Erwachsene mit Kindern in einem Haushalt. Fast jede 5. Familie (19 %) war 2022 eine Alleinerziehendenfamilie. Die höchsten Anteile an Familien mit 3 und mehr Kindern gab es in der Bevölkerungsgruppe mit Einwanderungsgeschichte.

Unter der Perspektive der Bildungsgerechtigkeit stehen die Bildungserfolge der Kinder in Deutschland nach wie vor in Zusammenhang mit der sozioökonomischen Situation der Familie. Mit Blick darauf lassen sich 3 wesentliche Risikolagen ausmachen: die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern, die soziale Risikolage (Eltern nicht erwerbstätig) und die finanzielle Risikolage (Armutsgefährdung des Haushalts). 2022 war fast jede 3. minderjährige Person von mindestens einer dieser 3 Risikolagen betroffen. Dieser Anteil hat sich seit Beginn der Berichterstattung 2006 nicht wesentlich verändert und ist nach wie vor in Alleinerziehendenfamilien, Familien mit Einwanderungsgeschichte und kinderreichen Familien besonders ausgeprägt. 60 % der Kinder aus Familien mit Einwanderungsgeschichte wachsen aktuell unter der Belastung mindestens einer dieser Risikolagen auf, bei den Kindern ohne Einwanderungsgeschichte sind es demgegenüber 20 %. Während in Paarfamilien rund ein Viertel der Kinder von mindestens einer Risikolage betroffen ist, ist der entsprechende Anteil bei Kindern Alleinerziehender mehr als doppelt so hoch; hier sticht der Anteil der armutsgefährdeten Kinder besonders hervor.

Nach einem Jahrzehnt robusten Wachstums geriet die deutsche Wirtschaft 2020 durch die Corona-Pandemie erstmals seit der Finanzkrise 2008/09 in eine Rezession und verzeichnete seither ein unterdurchschnittliches Wachstum. Zwar übertraf Deutschland 2022 das Wirtschaftsniveau von vor der Pandemie, die Erholung setzte sich 2023 nach ersten Erkenntnissen allerdings nicht fort. Der stetige Anstieg der Beschäftigtenzahlen seit 2005, insbesondere bei Frauen und älteren Arbeitnehmer:innen, wurde 2020 durch die Pandemie unterbrochen. Bis 2022 konnte der Höchststand von 45,1 Millionen Erwerbstätigen aus dem Jahr 2019 noch nicht wieder erreicht werden: Mit 42,5 Millionen Erwerbstätigen liegt die Zahl um 2,6 Millionen Personen bzw. 5,8 % unter dem Niveau von 2019.

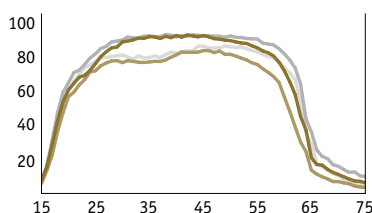
Im Überblick



Erwerbsbeteiligung in der zweiten Lebenshälfte stark gestiegen; Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöht

Erwerbstätigenquote 2012 und 2022 nach Altersjahren und Geschlecht (in %)

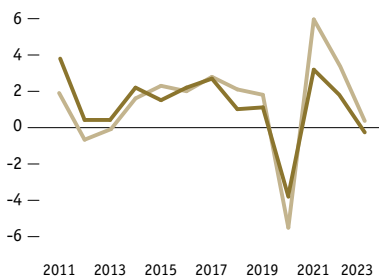
■ Männlich 2012 ■ Weiblich 2012
■ Männlich 2022 ■ Weiblich 2022



Deutsche Wirtschaft wächst unterdurchschnittlich

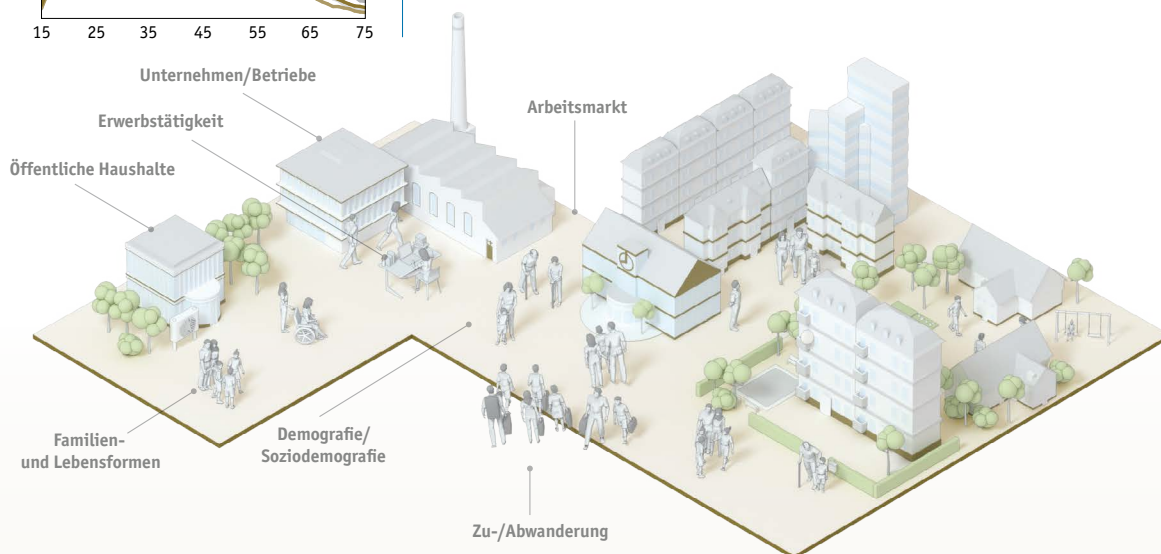
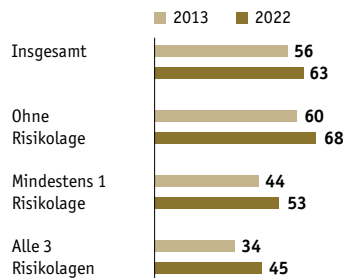
Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2011–2023 (in %)

■ EU-27-Staaten
■ Deutschland



Bildungsbezogene Risikolagen haben nach wie vor negativen Einfluss auf den Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen

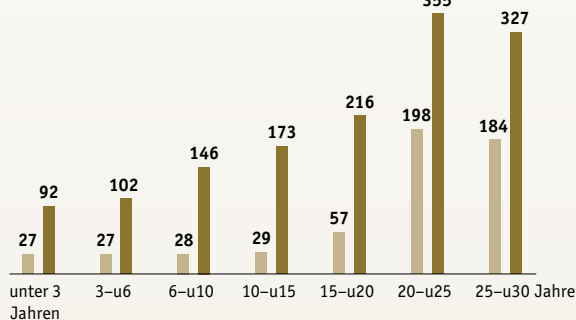
Besuch von Schulen, die zur Hochschulreife führen, bei 12- bis unter 20-Jährigen 2022 nach bildungsbezogenen Risikolagen (in %)



Zuzüge nach Deutschland bei den unter 30-Jährigen fluchtbedingt stark gestiegen

Zuwanderung von unter 30-Jährigen nach Deutschland 2012 und 2022 (in Tsd.)

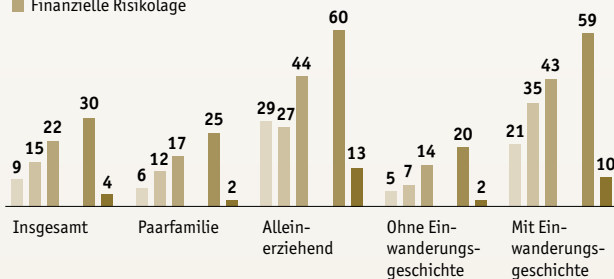
■ 2012 ■ 2022



Kinder von Alleinerziehenden und mit Einwanderungsgeschichte stark von bildungsbezogenen Risikolagen betroffen

Bildungsbezogene Risikolagen von Kindern 2022 (in %)

■ Soziale Risikolage ■ Mindestens 1 Risikolage
■ Risikolage formal gering qualifizierter Eltern ■ Alle 3 Risikolagen
■ Finanzielle Risikolage



Aufgrund der immer früheren Teilnahme an der Bildung im Elementarbereich, der höheren Beteiligungsquoten im Tertiärbereich, der geburtenstarken jüngeren Jahrgänge sowie der Zuwanderung ist die Anzahl der Menschen, die eine Kindertageseinrichtung, eine allgemeinbildende oder berufliche Schule, eine Hochschule sowie eine Einrichtung der Aufstiegsfortbildung besuchen, gegenüber 2012 um 7 % auf 17,9 Millionen Menschen im Jahr 2022 angestiegen. Während der deutliche Anstieg der Geburten seit 2012 bereits in den vergangenen Jahren zu einem Anstieg der Zahl der Bildungsteilnehmenden im Elementar- und Primarbereich geführt hat, gehen diese geburtenstarken Jahrgänge nun in den Sekundarbereich I über, haben aber den Sekundarbereich II und den Tertiärbereich noch nicht erreicht. Im Jahr 2022 wurde der Anstieg der Schüler:innenzahl im Primar- und Sekundarbereich I durch die fluchtbedingte Zuwanderung aus der Ukraine deutlich verstärkt. Entgegen dem langfristigen positiven Trend ist die Anzahl der Studierenden im Jahr 2022 dagegen erstmals im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Auch die Bildungsbeteiligungsquote der für den Tertiärbereich typischen Altersgruppe der 19- bis unter 25-Jährigen ist 2022 erstmals im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Der langfristige Trend zur Höherqualifizierung, insbesondere zum Hochschulabschluss, spiegelt sich im Bildungsstand der erwachsenen Bevölkerung wider. Dies zeigt ein Vergleich des Bildungsstands für das Jahr 2022 über verschiedene Altersgruppen hinweg, beginnend bei einem Alter von 30 Jahren – einem Alter, in dem die meisten Menschen ihren höchsten Abschluss erreicht haben. Insgesamt lag der Anteil mit höherem beruflichen (z. B. Meister) oder akademischen Abschluss in der erwachsenen Bevölkerung bei 30 %, wobei sich zusätzlich zum Alter auch große Unterschiede nach der sozialen Herkunft zeigen. So verfügten Akademiker:innenkinder im Erwachsenenalter mit 56 % mehr als 3-mal häufiger über einen Hochschulabschluss als Kinder von Nichtakademiker:innen. Auffällig ist der unvermindert hohe Anteil (17 %) an formal gering Qualifizierten unter den 25- bis unter 35-Jährigen, die weder über einen beruflichen Abschluss noch über die Hochschulreife verfügen. Kinder von formal gering qualifizierten Eltern verfügten sogar zu 40 % im Erwachsenenalter über keinen dieser Abschlüsse.

Die in den vergangenen 10 Jahren gestiegene Bildungsbeteiligung im Elementar- und Tertiärbereich geht auch mit einer Zunahme der Zahl der Kindertageseinrichtungen (+14 %) und Hochschulen (+18 %) im selben Zeitraum einher. Die Anzahl der weiterführenden allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ist hingegen aufgrund des demografisch bedingten Sinkens der Schüler:innenzahl seit 2012 um 11 bzw. 7 % zurückgegangen. Mit wachsenden Einschulungsjahrgängen steigt seit 2019 erstmals die Anzahl der Grundschulen wieder leicht, lag jedoch 2022 noch 3 % unter dem Niveau von 2012.

Ein hochwertiges Bildungsangebot braucht ausreichendes und gut qualifiziertes Personal. Im Jahr 2022 waren 2,7 Millionen Menschen (+21 % gegenüber 2012) in der Frühen Bildung (848.000), an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (1.138.000) sowie an Hochschulen (750.000) beschäftigt. Damit waren 6 % aller Erwerbstätigen in den genannten Bildungsbereichen tätig und stellen damit auch für den Arbeitsmarkt eine relevante Größe dar. Im Vergleich zur Gesamtheit der Erwerbstätigen ist das Bildungspersonal häufiger weiblich, in Teilzeit beschäftigt und hat keine Einwanderungsgeschichte.

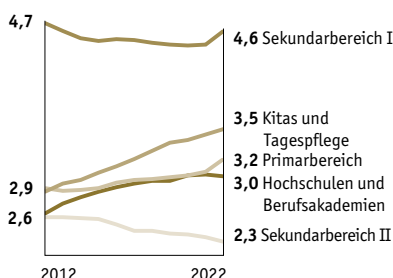
Die Möglichkeiten, das Bildungssystem auszugestalten, werden in großem Maße von der Höhe der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben beeinflusst. Zwischen 2012 und 2022 sind die Bildungsausgaben um 46 % auf rund 264 Milliarden Euro angestiegen. Anteilig an der Wirtschaftskraft Deutschlands haben sich die Bildungsausgaben aufgrund der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in diesem Zeitraum – mit Ausnahme des Corona-Jahres 2020 – jedoch kaum verändert und entsprachen 6,8 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2022. Allein die Personalkosten machen rund 72 % der Bildungsausgaben aus. Mit rund 123 Milliarden entfiel 2022 ein Großteil der Bildungsausgaben auf die Schulen sowie den schulnahen Bereich. Etwa 51 Milliarden Euro entfielen auf den Tertiärbereich und rund 42 Milliarden Euro auf den Elementarbereich. Die restlichen rund 48 Milliarden Euro verteilten sich auf eine Vielzahl von Bereichen, etwa Volkshochschulen, die betriebliche Weiterbildung oder die öffentliche Förderung von Bildungsteilnehmenden. Rund 83 % der Gesamtausgaben werden öffentlich, das heißt von Bund, Ländern und Gemeinden, finanziert, der Rest entfällt im Wesentlichen auf Privatpersonen, Unternehmen und Organisationen ohne Erwerbszweck.

Im Überblick



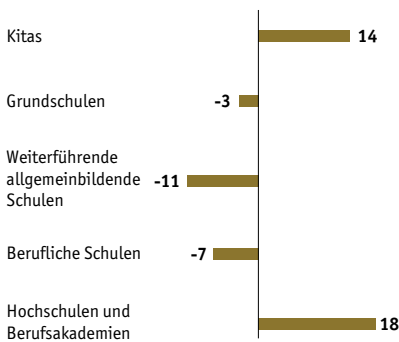
Anstieg der Bildungsteilnehmenden in nahezu allen Bildungsbereichen

Anzahl der Bildungsteilnehmenden in Millionen



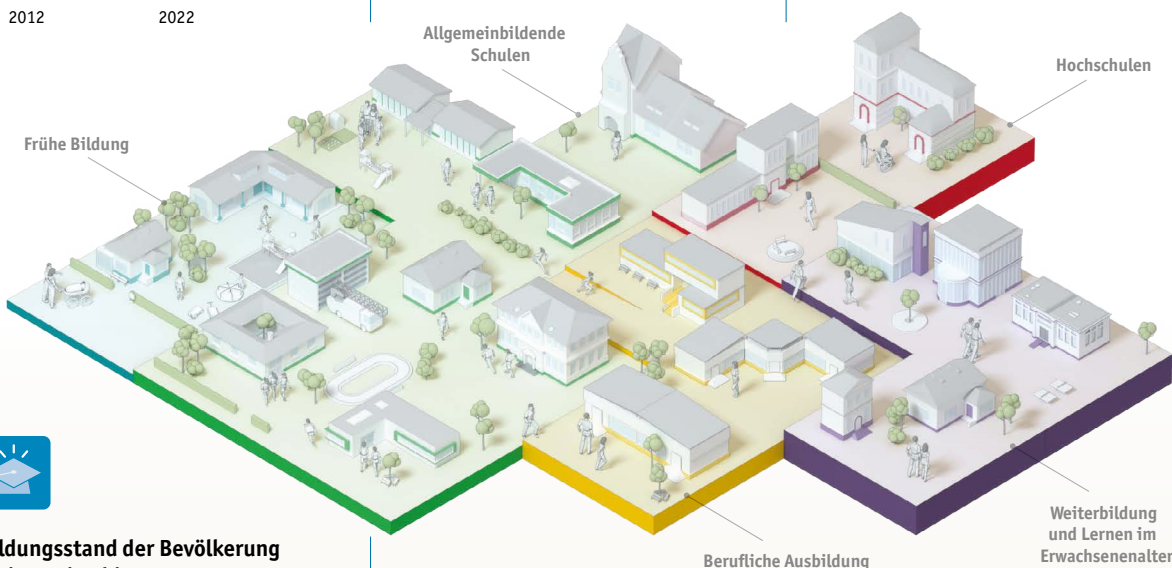
Deutlicher Ausbau des Angebots in der Frühen Bildung und im Hochschulbereich

Veränderung der Anzahl der Bildungseinrichtungen von 2012 bis 2022 (in %)



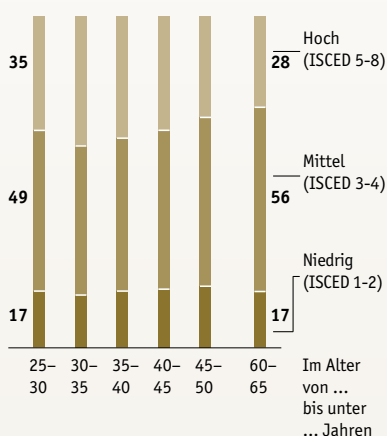
Bildungspersonal häufiger weiblich und teilzeitbeschäftigt und seltener mit Einwanderungsgeschichte

Anteil des Personals 2021 (in %)



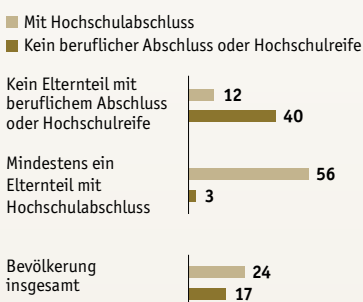
Bildungsstand der Bevölkerung steigt weiterhin

Bevölkerungsanteil nach Bildungsabschluss 2022 (in %)



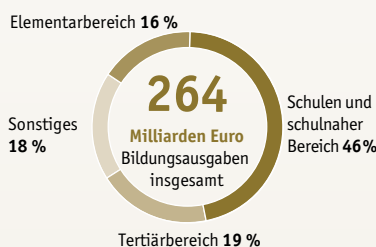
Großer Unterschied im Bildungsstand nach der sozialen Herkunft

Bevölkerungsanteil Erwachsener nach dem Bildungsabschluss der Eltern 2021 (in %)



Schulen und schulnaher Bereich sind Ausgabenschwerpunkt im Bildungssektor

Bildungsausgaben 2022



Die Frühe Bildung zeigt seit mehr als 2 Jahrzehnten ein andauerndes Wachstum, welches auch durch die Corona-Pandemie nicht nachhaltig unterbrochen wurde. Mit über 56.000 Einrichtungen erreichte die Zahl der Kitas in Deutschland 2023 einen neuen Höchststand. Der Zuwachs wurde vor allem durch die Expansion in den westdeutschen Flächenländern getragen und führte zu weiterer Diversifizierung des Felds, besonders hinsichtlich der Art der Träger und dem Alter der betreuten Kinder. Während sich die Anzahl der Einrichtungen in den Stadtstaaten seit 2006 mehr als verdoppelte, betrug der Zuwachs in den ostdeutschen Flächenländern nur 7 %. Dies ist insbesondere auf das unterschiedliche Ausgangsniveau und heterogene demografische Entwicklungen zurückzuführen.

Auch die Zahl der pädagogisch tätigen Personen in Kitas steigt ungebrochen an, sie wuchs innerhalb von 10 Jahren um 54 % auf gut 700.000 Personen. Dabei ist das Qualifikations- und Altersgefüge weitestgehend gleich geblieben. In der Kindertagespflege ist die Zahl der pädagogisch tätigen Personen im gleichen Zeitraum um 7 % zurückgegangen, wobei aufgrund des steigenden Durchschnittsalters eine weitere Verringerung erwartet wird. Auch wenn die Kindertagespflege mit nur gut 40.000 pädagogisch Tätigen im Vergleich zu Kitas ein kleines Arbeitsfeld darstellt, ist ihre Bedeutung gerade in Westdeutschland mit Blick auf den Fachkräftebedarf im Bereich für unter 3-Jährige nicht zu unterschätzen. Insgesamt unterscheidet sich der Personalbedarf in der Frühen Bildung nach Region. Während er in Ostdeutschland durch Neuzugänge aus Ausbildung inzwischen weitgehend gedeckt werden kann, ist die Situation in Westdeutschland nach wie vor kritisch: Hier wird auch noch bis zum Jahr 2035 eine Personallücke prognostiziert.

Vergleichbare regionale Unterschiede bestehen auch im Platzangebot: Aufgrund steigender Kinderzahlen und einer anhaltenden Lücke zwischen Angebot und Nachfrage ist insbesondere in Westdeutschland bis 2035 mit einem zunehmenden Platzbedarf zu rechnen. Zwar besuchen etwa 900.000 Kinder mehr als noch 2006 ein Angebot der Frühen Bildung, doch trotz dieser hohen Ausbaudynamik können noch immer nicht alle Elternwünsche nach einem Platz erfüllt werden. Insbesondere bei den 1- und 2-Jährigen, der Altersgruppe mit Rechtsanspruch auf einen Platz, liegt der Elternbedarf noch deutlich über der Beteiligungsquote. Dies hängt vor allem mit demografischen Entwicklungen zusammen, einer auf vergleichsweise hohem Niveau verharrenden Geburtenrate sowie verstärkter Zuwanderung.

Der Anstieg der Beteiligungsquoten bei 1- und 2-Jährigen impliziert, dass das Durchschnittsalter der Kinder beim Eintritt in die Kindertagesbetreuung sinkt. Dabei gehen Kinder in Ostdeutschland weiterhin deutlich früher in die Kita als in Westdeutschland. Die Teilhabe an Früher Bildung ist sozial selektiv – insbesondere bei jüngeren Kindern. Nach wie vor spielen der Bildungsstand der Eltern und der Migrationshintergrund eine Rolle für die Beteiligung der Kinder. Der Besuch einer Kindertagesbetreuung gehört trotz ähnlicher Bedarfe der Eltern für Kinder mit Migrationshintergrund mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit zur Bildungsbiografie als für Kinder ohne Migrationshintergrund. Das gilt besonders für die 3- bis unter 6-Jährigen mit Migrationshintergrund, deren Beteiligungsquote in den letzten Jahren leicht rückläufig ist. Auch aus der Ukraine geflüchtete Kinder sind in Kitas unterrepräsentiert; nicht nur für geflüchtete Kinder, sondern auch für deren Mütter bestehen durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten Teilhabebarrrieren in Bezug auf etwa einen Sprachkursbesuch oder eine Arbeitsaufnahme.

Die hinsichtlich der Beteiligung an Früher Bildung gefundenen Ungleichheiten zeigen sich zudem auch bei der Durchführung von Bildungsaktivitäten in Familien. Elterliches Vorlesen ist weiterhin die häufigste Eltern-Kind-Aktivität, jedoch variiert die Häufigkeit mit dem elterlichen Bildungsstand. Väter führen zwar im Zeitvergleich nun häufiger Aktivitäten mit ihren Kindern aus, jedoch immer noch auf einem deutlich niedrigeren Niveau als Mütter. Soziale Disparitäten zeigen sich auch in der Nutzung des Angebotsspektrums der Frühen Hilfen: Formal gering qualifizierte und armutsgefährdete Familien nutzen universell-präventive Angebote seltener. Eine gezielte Unterstützung dieser Familien ist notwendig, um Bildungs- und Teilhabechancen aller Kinder zu fördern. Angebote der Frühen Hilfen beabsichtigen, soziale und gesundheitliche Nachteile im Aufwachsen von Kindern auszugleichen.

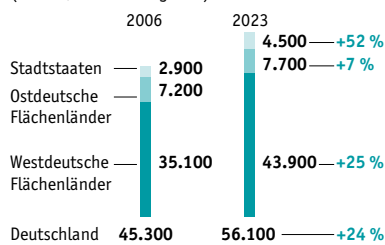
Vor dem Schuleintritt wird mit Sprachstandserhebungen der Bedarf an Sprachfördermaßnahmen geprüft. Während 7 Länder alle Kinder vor der Einschulung testen, führen weitere 7 Länder Sprachstandserhebungen nur bei bestimmten Gruppen durch und in 2 Ländern wird keine landesweite Diagnostik (mehr) durchgeführt. Dass Sprachbildung und -förderung weiterhin einen hohen Stellenwert in den Ländern einnimmt, wird durch die verstärkte Implementierung von Maßnahmen in diesem Bereich im Zuge der bundesweiten Gesetzgebung zur Qualitätsentwicklung in der Frühen Bildung verdeutlicht.

Im Überblick



Fortlaufende Expansion der Anzahl der Kitas gestaltet sich regional unterschiedlich

Kindertageseinrichtungen 2006 und 2023 (Anzahl; Veränderung in %)

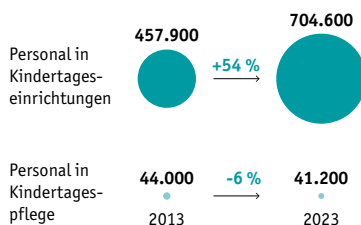


Mehr als **10.000** neue Kitas seit 2006



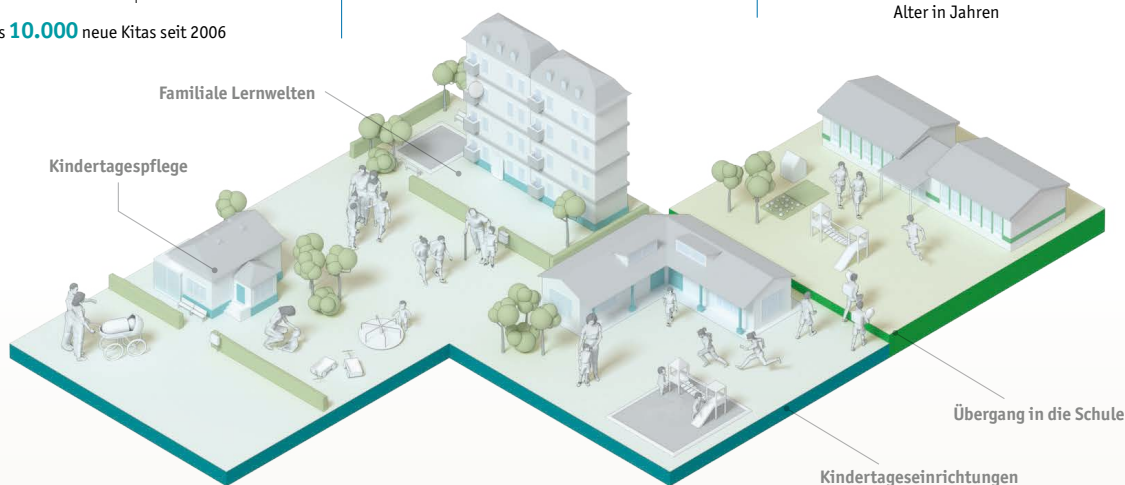
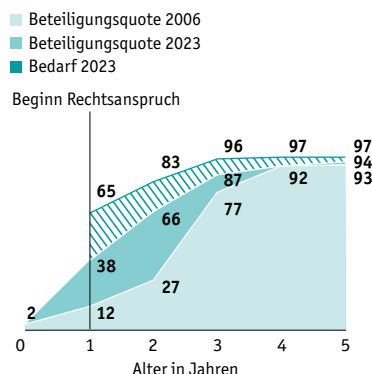
Deutlicher Zuwachs des Personals in Kitas bei gleichzeitigem Rückgang in der Kindertagespflege

Personal 2013 und 2023 (Anzahl; Veränderung in %)



Große ungedeckte Elternbedarfe bei 1- und 2-Jährigen trotz gestiegener Bildungsbeteiligung

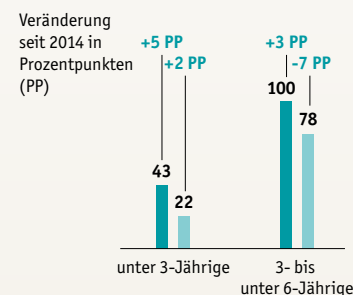
Beteiligungsquote nach Altersjahren 2006 und 2023 und Elternbedarf 2023 (in %)



Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung weiterhin deutlich unterrepräsentiert

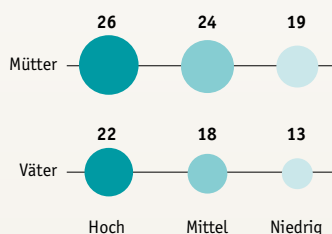
Beteiligungsquote nach Herkunft der Eltern 2022 (in %)

- Beide Eltern in Deutschland geboren
- Mindestens 1 Elternteil im Ausland geboren



Kindern von Eltern mit niedrigem Bildungsstand wird zu Hause seltener vorgelesen

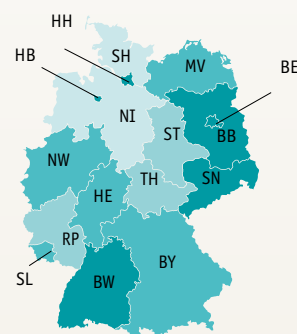
Durchschnittliche Vorlesehäufigkeit bei 2- bis unter 6-Jährigen nach höchstem Bildungsabschluss der Eltern (nach ISCED) 2023 (in Tagen pro Monat)



Nicht alle Länder erfassen den Sprachstand der Kinder flächendeckend

Sprachstandserhebungen in den Ländern

- Bei allen Kindern
- Bei bestimmten Gruppen
- Nicht landesweit
- Nicht bestimmbar



Nach langjährigem Rückgang ist das Angebot an Grund- und weiterführenden Schulen vorerst stabil, die Schüler:innenzahlen steigen demografisch bedingt wieder an und der Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote setzt sich kontinuierlich fort. Die Sicherung von qualifiziertem Personal bleibt dabei auch für das Schulwesen eine zentrale Herausforderung. Dass 2023 12 % der Neueinstellungen in den Schuldienst keine klassische Lehramtsausbildung hatten (Seiteneinsteiger:innen), zeugt von einer angespannten Personalsituation – bei fachspezifischen, Länder- und Schulartunterschieden. Ungenutztes Potenzial für die Gewinnung von qualifizierten Lehrkräften und hohe Hürden für zugewanderte Lehrer:innen zeichnen sich in der Anerkennung von ausländischen Lehrberufsqualifikationen ab: In nur 14 % der 2022 abgeschlossenen Antragsverfahren wurden Qualifikationen als voll gleichwertig anerkannt. Abzuwarten bleibt, inwieweit ein im März 2024 von den Ländern verabschiedetes Reformpaket zugewanderten Lehrkräften den Zugang zum Schuldienst erleichtern wird.

Mit dem ab 2026 stufenweise in Kraft tretenden Rechtsanspruch für Kinder im Grundschulalter auf ein ganztägiges Angebot wird zusätzlicher Personalbedarf entstehen. Gegenwärtig kann der Ganztagsbedarf nicht erfüllt werden, wobei deutliche Ost-West-Unterschiede noch immer fortbestehen: Die Inanspruchnahme liegt in Westdeutschland mit 50 % unter dem sich aus Elternwünschen ergebenden Ganztagsbedarf von 58 %. In Ostdeutschland nehmen mit 84 % deutlich mehr Grundschulkinder an ganztägiger Bildung und Betreuung teil und die Differenz zu den Elternwünschen (88 %) ist zudem geringer. Außer regionalen zeigen sich auch soziale Ungleichheiten in der Beteiligung an ganztägiger Bildung: Grundschulkinder ohne Einwanderungsgeschichte und von Eltern mit hohen Bildungsabschlüssen waren 2022 in ganztägigen Angeboten überrepräsentiert.

Auch der Bildungserfolg hängt weiterhin erheblich mit der sozialen Herkunft zusammen. Sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich I ist der Erwerb von Lesekompetenzen anhaltend stark vom sozioökonomischen Status des Elternhauses abhängig. Bildungsbezogene Freizeitaktivitäten werden häufiger von Jugendlichen aus akademischen Elternhäusern ausgeübt. Mit 32 % erhalten deutlich weniger Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien eine Gymnasialempfehlung als jene aus privilegierten Elternhäusern (78 %). Unter Berücksichtigung von Noten und Leistungen reduziert sich dieser Unterschied zwar, bleibt aber weiterhin signifikant. Das Entscheidungsverhalten über die Fortsetzung von Schullauf-

bahnen nach der Grundschulzeit variiert ebenfalls nach der Herkunft: Bei gleichen Leistungen und Noten gehen 44 % der Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien an ein Gymnasium über, während es unter Kindern aus privilegierten Familien 58 % sind. Die anhaltende Koppelung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft mindert trotz einer Öffnung von Bildungswegen die Chancen einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe sowie die individuelle Ermächtigung von Kindern und Jugendlichen, ihr Verhältnis zur Umwelt selbstständig zu gestalten.

Mit knapp 596.000 wurden im Jahr 2022 bundesweit erneut mehr Schüler:innen sonderpädagogisch gefördert, doch stieg die Förderquote (7,5 %) erstmals seit 2008 nicht weiter an. Mit 4,2 % wurde mehr als die Hälfte von ihnen an separaten Förderschulen unterrichtet, deren Anzahl nur geringfügig rückläufig ist. Inwieweit die Transformation hin zu einem inklusiven Schulwesen bundesweit gelingen kann und soll, bleibt damit eine offene Frage. Die Förderschulen verließen 2022 etwa drei Viertel der 32.000 Jugendlichen ohne Abschluss, für die damit erhebliche Teilhabebarrrieren einhergehen.

Die Ausgestaltung schulischer Lernumgebungen, die an der Heterogenität der Schüler:innenschaft ausgerichtet ist, bringt neue Anforderungen an das pädagogische Personal mit sich. Um diesen bei anhaltendem Personalmangel zu begegnen, birgt der Einsatz digitaler Medien, z. B. auch für administrative Prozesse, teils ungenutzte Potenziale. Weniger als ein Fünftel der Grundschullehrkräfte nutzt nach eigenen Angaben digitale Medien oft für eine individualisierte Leseförderung von Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, von leseschwachen oder -starken Kindern. Knapp zwei Drittel der Lehrkräfte artikulieren hingegen einen Bedarf an Fortbildung in der Nutzung digitaler Medien zur individuellen Förderung von Schüler:innen.

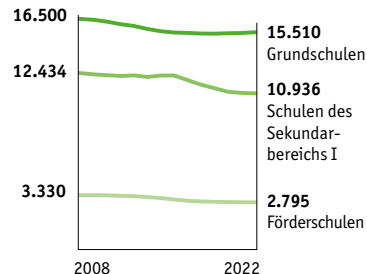
Die Leseleistungen sind sowohl im Primar- als auch Sekundarbereich I rückläufig, bei wachsendem Anteil leseschwacher Schüler:innen. Während unter den Viertklässler:innen zugleich der Anteil an lesestarken Kindern sinkt, bleibt dieser in der Trendbetrachtung bei den Neuntklässler:innen zumindest stabil. 2022 verließen zudem bundesweit wieder mehr Jugendliche die Schulen ohne Abschluss: Gemessen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung stieg die Quote der Abgänger:innen ohne Schulabschluss – nach kurzem pandemiebedingtem Rückgang – zuletzt wieder auf 6,9 %. Für die Jugendlichen sind damit erhebliche Barrieren beim Übergang in eine Berufsausbildung verbunden.

Im Überblick



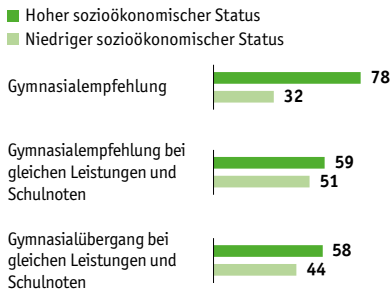
Nach langjährigem Rückbau vorerst Konsolidierung des Schulangebots

Anzahl an Schulen



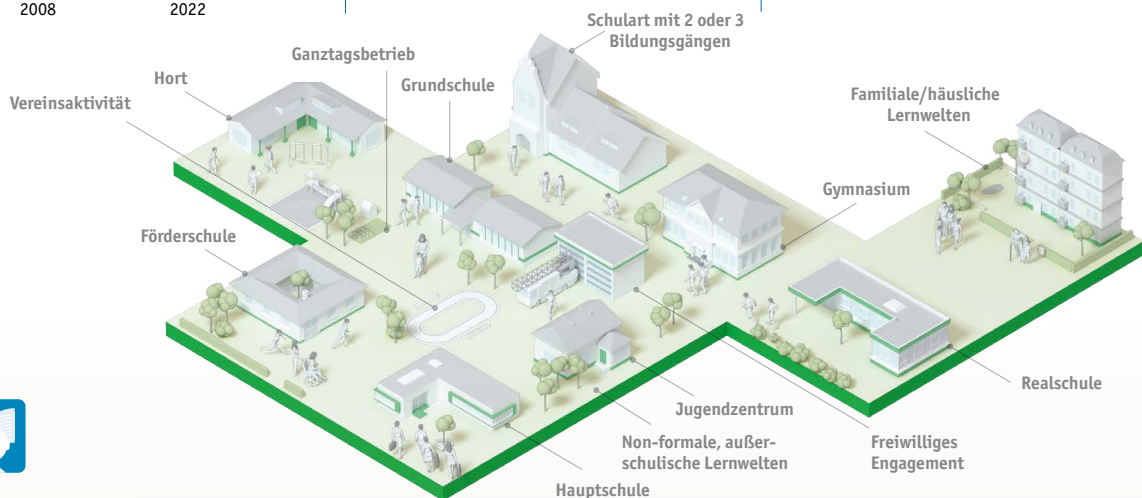
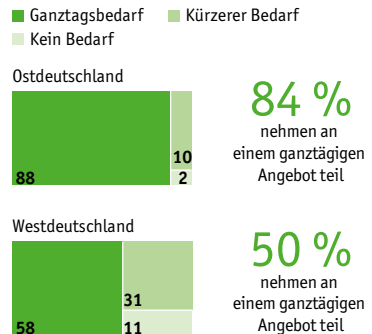
Soziale Disparitäten am Übergang nach der Grundschule bleiben eine Herausforderung

Anteil an Schüler:innen 2021 (in %)



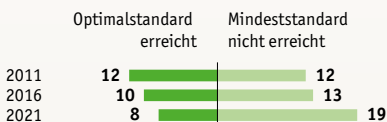
Ost-West-Unterschiede in Ganztagsbedarf und -quote bestehen fort

Ganztagsbeteiligungsquote von Grundschulkindern und Elternbedarfsquoten 2023 (in %)

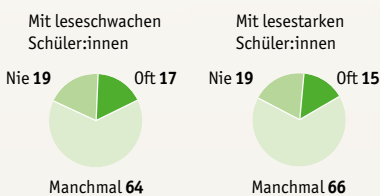


Mehr leseschwache Kinder, seltene Nutzung digitaler Medien für individualisierte Leseförderung

Anteil an Viertklässler:innen, die im Lesen den Mindeststandard nicht bzw. den Optimalstandard erreichen (in %)

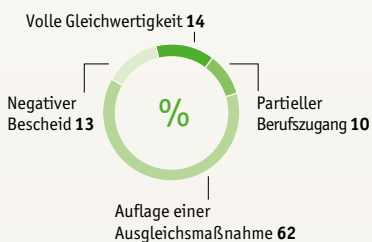


Häufigkeit individueller Leseförderung mit digitalen Geräten in Jahrgangsstufe 4 2021 (in %)



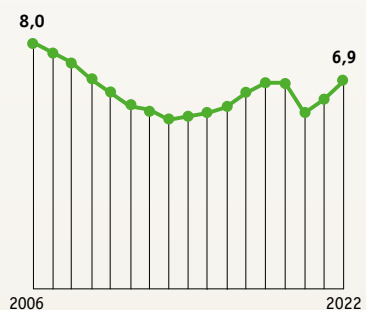
Hohe Barrieren für Lehrkräfte mit ausländischen Lehrberufsqualifikationen

Anerkennung von im Ausland erworbenen Lehrberufsqualifikationen 2022 (in % der abgeschlossenen Verfahren)



Wieder mehr Schulabgänge ohne Abschluss

Abgänge ohne Schulabschluss (in % der gleichaltrigen Bevölkerung)



In den öffentlichen Diskussionen erfährt das berufliche Ausbildungssystem derzeit eine hohe Aufmerksamkeit, die sich vor allem an der schwierigen Versorgung mit Fachkräften in bestimmten Branchen und Berufen festmacht. Insgesamt betrachtet blieb die Zahl der Neuzugänge zum dualen System mit gut 456.000 im Jahr 2023 trotz Anstieg deutlich hinter dem Niveau von 2019 (ca. 484.000 Neuzugänge), dem Stand vor der Corona-Pandemie, zurück. Obgleich sich die Angebots-Nachfrage-Relation auf dem dualen Ausbildungsmarkt weiterhin positiv entwickelt, bleiben Passungsprobleme, also das gleichzeitige Auftreten einer hohen Zahl unvermittelter Bewerber:innen und unbesetzter Stellen, bestehen. Besonders viele offene Stellen sind im Verkaufs- und Ernährungsbereich, viele unversorgte Bewerber:innen dagegen in der Informatik zu finden. Deshalb hat die gesetzgebende Instanz mit dem am 1. April 2024 in Kraft getretenen Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung Reformvorhaben verabschiedet. Unter anderem handelt es sich dabei um das Berufsorientierungspraktikum, den Mobilitätzuschuss sowie den Rechtsanspruch auf Förderung einer außerbetrieblichen Berufsausbildung bei vorliegender regionaler Unterversorgung an Ausbildungsstellen (Ausbildungsgarantie). Inwieweit dieses Paket ausreichend ist und Wirkung zeigt, um den genannten Problemen entgegenzutreten, bleibt zu beobachten.

Der im Schulberufssystem in den vergangenen Jahren zu beobachtende moderate Anstieg an Anfänger:innen setzt sich nicht weiter fort. So bleibt vor allem die Fachkräftesicherung in den Gesundheits- und Erziehungsberufen, die den Großteil der Ausbildungen im Schulberufssystem darstellen, kritisch. Zwischen 2021 und 2022 ist es in den Gesundheitsberufen vor allem zu einem Rückgang der Neuzugänge im Bereich der Pflege gekommen: Hier scheint sich die mit der Reform der Pflegeausbildung verbundene Hoffnung einer gestiegenen Attraktivität erst einmal nicht erfüllt zu haben. Auch die in der letzten Dekade zu beobachtende Erhöhung der Zahl der Anfänger:innen zur Erzieher:innenausbildung, die u. a. durch die Pluralisierung von Ausbildungsformaten und eine Öffnung der vorbildungsbezogenen Zugangsbedingungen begleitet wurde, hat sich 2022 nicht fortgesetzt. Zudem bleibt zu beobachten, welche Konsequenzen die Maßnahmen für die Sicherung der Qualität der Ausbildung in den ausbildenden Institutionen sowie für die Kompetenzen der angehenden Erzieher:innen mit sich bringen.

Mit Blick auf Ausbildungsintegration und Ausbildungserfolg bleiben die bekannten Befunde anhaltender Disparitäten

bestehen. Dies wird u. a. an der hohen Zahl der Neuzugänge in den Übergangssektor deutlich. Zwar verweist der kriegs- und fluchtbedingte Anstieg auch auf die wichtige Integrationsleistung der Länder, die sie durch die Übergangsangebote für diese spezifische Zielgruppe tragen. Gleichzeitig bleiben jedoch die ungleichen Chancen der Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung nach Schulabschluss und Staatsangehörigkeit bestehen. Die Disparitäten setzen sich beim Anteil erfolgreich abgeschlossener dualer Abschlussprüfungen fort. Die Ursachen hierfür sind genauer zu erforschen, um u. a. zielgerichtet individualisierte Stütz- und Förderangebote vor sowie während der Ausbildung und in Vorbereitung auf die Prüfungen zu implementieren. Die seit 2019 stark rückläufige Erfolgsquote bei Auszubildenden nichtdeutscher Staatsangehörigkeit verdeutlicht zudem neue Herausforderungen, die sich durch die zunehmende Heterogenität der Auszubildenden ergeben.

Der Anteil dualer Ausbildungsabsolvent:innen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit lag im Jahr 2022 bei 10 % und hat sich damit im letzten Jahrzehnt verdoppelt. Überproportional häufig sind sie in Berufen zu finden, in denen die Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen hoch ist. Sie stellen damit ein wichtiges Fachkräftepotenzial dar, welches allerdings mit Blick auf Ausbildungszugang, Ausbildungserfolg und Arbeitsmarktintegration nicht ausgeschöpft wird und für die Betroffenen mit Nachteilen in der Gestaltung der eigenen Erwerbsbiografie einhergehen kann. Dies zeigt sich auch darin, dass Personen mit Einwanderungsgeschichte im Alter zwischen 25 und unter 35 Jahren trotz Ausbildungsabschluss seltener erwerbstätig und häufiger in Tätigkeiten unterhalb ihres Abschlusses beschäftigt sind.

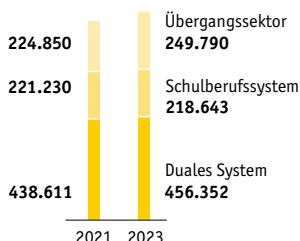
Fragen der Qualität beruflicher Bildungsprozesse schließen auch die quantitative Sicherung des pädagogischen Personals ein. So ist mit einer weiter fortschreitenden Unterdeckung von Lehrkräften für berufliche Schulen zu rechnen. Aktuell haben 21 % der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen keine Lehramtsausbildung. Bei den beruflichen Fachrichtungen bleibt insbesondere die Deckung des Lehrkräftebedarfs in den gewerblich-technischen, aber auch im sozialpädagogischen und pflegerischen Bereich virulent. Die Ausweitung der Studienformate wie Kooperationsmodelle mit Fachhochschulen oder Masterprogramme haben dabei bisher nur zu leichten Anstiegen bei der Zahl der Studienanfänger:innen geführt.

Im Überblick



Zunahme der Anfänger:innen im dualen System und Übergangssektor, leichter Rückgang im Schulberufssystem

Anzahl an Anfänger:innen nach Sektoren der Berufsausbildung



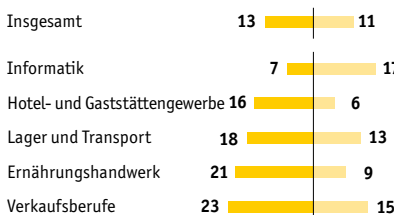
Verbesserte Angebots-Nachfrage-Relation, bei gleichzeitig hoher Zahl unbesetzter Stellen und unversorgter Bewerber:innen

Angebots-Nachfrage-Relation 2023 und Veränderung gegenüber 2021

101,9 % + 2,7 Prozentpunkte

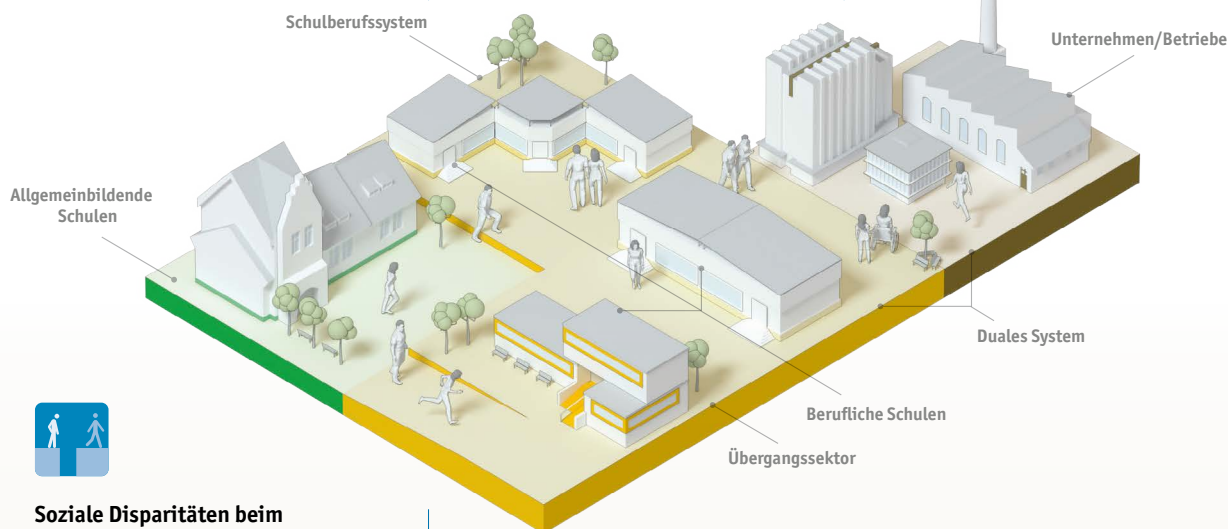
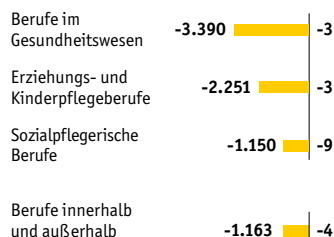
Für ausgewählte Berufsgruppen, Anteil (in %)

■ Unbesetzte Stellen ■ Unversorgte Bewerber:innen



Sinkende Anfänger:innenzahlen gefährden Fachkräftesicherung in Gesundheits- und Erziehungsberufen

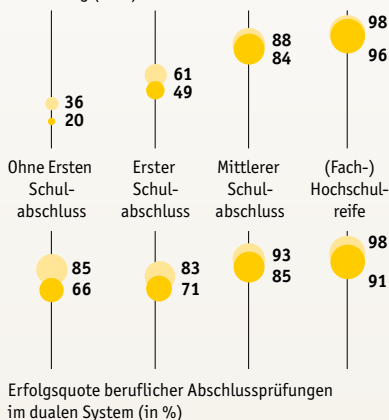
Veränderung der Zahl der Ausbildungsanfänge im Schulberufssystem nach Berufsgruppen zwischen 2021 und 2022 (Absolut und in %)



Soziale Disparitäten beim Ausbildungszugang und Prüfungserfolg

■ Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit ■ Deutsche Staatsangehörigkeit

Anteil Neuzugänge in dualer oder schulischer Ausbildung (in %)

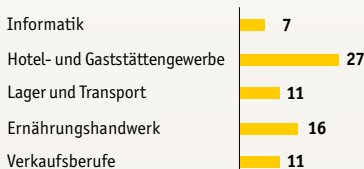


Nichtdeutsche Ausbildungsabsolvent:innen wichtiges Fachkräftepersonal

Anteil dualer Ausbildungsabsolvent:innen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit

Insgesamt **5 %** 2012 **10 %** 2022

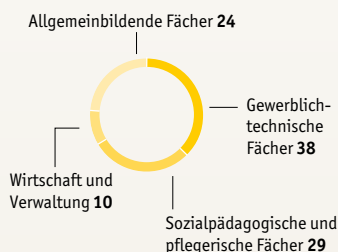
Nach ausgewählten Berufsgruppen 2022 (in %)



Hoher Bedarf an Lehrkräften für berufliche Schulen

21 % der Lehrkräfte ohne Lehramtsausbildung

Verteilung neu eingestellter Seiteneinsteiger:innen auf Fächergruppen (in %)



Der Akademisierungsprozess ist vorerst zum Stillstand gekommen. Sowohl die Studienberechtigten- und Studienanfänger:innenquote als auch die Zahl der Studierenden und Studienabschlüsse stagnieren seit einiger Zeit. Inzwischen gibt es sogar Anzeichen für leichte Rückgänge, insbesondere in der Studiennachfrage aus dem Inland. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen stehen Hochschulen organisational und mit Blick auf ihre Ressourcen vor der Herausforderung, wie sie das stark gewachsene, immer stärker ausdifferenzierte und in Teilen hoch spezialisierte Studienangebot aufrechterhalten können. Die veränderte Studiennachfrage betrifft manche Hochschulen stärker als andere, weshalb die Antworten auf diese Entwicklung hochschulspezifisch sein müssen. Um keine flächendeckende Abschaffung spezialisierter Studienangebote oder beim Angebot der sogenannten „kleinen Fächer“ zu riskieren, wird dies die richtige Balance zwischen der Autonomie von Hochschulen und einer koordinierten, zielgerichteten Abstimmung verlangen – auch weil die neueste Prognose der Kultusministerkonferenz davon ausgeht, dass demografisch bedingt mit einem Wiederanstieg der Zahl der Studienanfänger:innen zu rechnen ist.

Den Arbeitsmarkt stellt die Stagnation der Studiennachfrage ebenfalls vor Herausforderungen. Hochschulen tragen maßgeblich zur Ausbildung der in modernen Volkswirtschaften und wissensbasierten Gesellschaften benötigten hoch qualifizierten Fachkräfte bei. Bereits jetzt kann der Arbeitsmarkbedarf an akademisch qualifizierten Fachkräften nicht voll gedeckt werden. Das Fachkräftepotenzial internationaler Studierender und Absolvent:innen (noch) besser für den deutschen Arbeitsmarkt zu erschließen, wird für die kommenden Jahre daher eine wichtige bildungs- und arbeitsmarktpolitische Aufgabe sein. Deutschland liegt aktuell auf Platz 3 der Zielländer für ein Auslandsstudium – hinter den USA und Großbritannien. Viele Studierende aus dem Ausland kommen mit dem Wunsch nach Deutschland, hier einen Studienabschluss zu erwerben und danach im Land zu bleiben und zu arbeiten. Gut 20 % aller Masterabschlüsse und Promotionen werden inzwischen von internationalen Studierenden erworben, in MINT-Fächern ist der Anteil höher.

Soziale Ungleichheiten bestehen auch in der Hochschulbildung fort. Ob jemand ein Studium aufnimmt, hängt nach wie vor von der sozialen Herkunft ab. Der neue Bildungstrichter des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) zeigt: Nur 25 von 100 Nichtakademiker:innenkindern nehmen ein Studium auf. Stammen Kinder aus einer Akademiker:innenfamilie, sind es 78 von 100 Kindern. Die verbesserte Datenlage, insbesondere die wachsende Verfügbar-

keit längsschnittlicher Bildungsdaten, hat in den vergangenen Jahren tiefe Einblicke in die zugrunde liegenden Mechanismen ermöglicht. Für die Bildungspolitik sind diese Befunde von besonders hohem Informationswert, da sie sehr konkrete Hinweise geben, an welchen „Stellschrauben“ angesetzt werden kann, um Ungleichheiten abzubauen. Dass sich soziale Ungleichheiten am Übergang in die Hochschule durch gezielte Beratungs- und Unterstützungsangebote nachhaltig reduzieren lassen, zeigen dabei auch die beiden für Deutschland in diesem Bereich inzwischen vorliegenden Interventionsstudien, deren Ergebnisse im diesjährigen Bildungsbericht aufgegriffen werden.

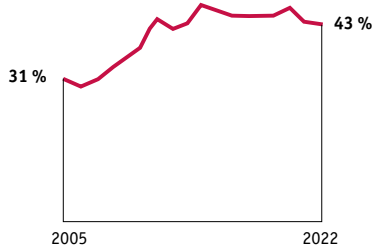
Hochschulen haben auch einen weiterbildenden Auftrag. Zwar ist die Datenlage lückenhaft, jedoch deutet vieles darauf hin, dass die meisten Hochschulen weiter vor allem Orte der Qualifizierung junger Erwachsener sind. Das gilt insbesondere für den staatlichen Hochschulsektor. Das Feld der Weiterbildung haben vor allem private Hochschulen erschlossen, die auch in Deutschland längst keine Ausnahme mehr sind. Im Fachhochschulbereich schreibt sich inzwischen fast jede:r dritte Studienanfänger:in an einer Hochschule in privater Trägerschaft ein. Mit einer stark weiterbildenden Orientierung und einem hoch spezialisierten Studienangebot haben private Hochschulen sehr gezielt auf die Bildungsbedarfe ganz bestimmter Personengruppen reagiert – häufig Personengruppen, die in der deutschen Hochschulbildung traditionell unterrepräsentiert sind. Hierzu zählen: beruflich vorqualifizierte Bildungsaufsteiger:innen, Menschen, die bereits älter sind, im Berufsleben stehen und teilweise auch bereits Familie haben. Möglich wird das Studium für diese Personengruppen durch das breite Angebot an flexiblen, ortsunabhängigen Studienformaten an privaten Hochschulen. Auch auf die Akademisierung bestimmter Berufsfelder haben private Hochschulen schnell reagiert, beispielsweise in den Gesundheitswissenschaften. Die Privatisierung in der Hochschulbildung wirft neue Fragen auf, die bislang noch eher wenig diskutiert werden – beispielsweise wie der Austausch und die Kooperation zwischen privaten und nichtprivaten Hochschulen gestärkt werden können. Hier fehlt es derzeit an Möglichkeiten und Strukturen. Aber auch bildungspolitische Programme und Instrumente müssen diese Entwicklung für sich reflektieren und evaluieren – etwa mit Blick auf die Frage, wie sich mehr Wissen über Studierende und Absolvent:innen an privaten Hochschulen gewinnen lässt oder ob Programme der staatlichen Studienförderung, wie das BAföG, Studierende an privaten Hochschulen ausreichend „mitdenken“. Denn deren Lebenssituation ist häufig ganz anders als in solchen Programmen angelegt.

Im Überblick



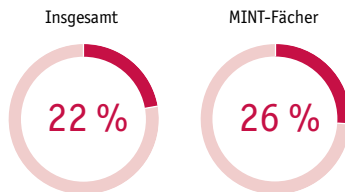
Akademisierung schreitet vorerst nicht weiter voran – inländische Studiennachfrage lässt sogar nach

Entwicklung der inländischen Studienanfänger:innenquote



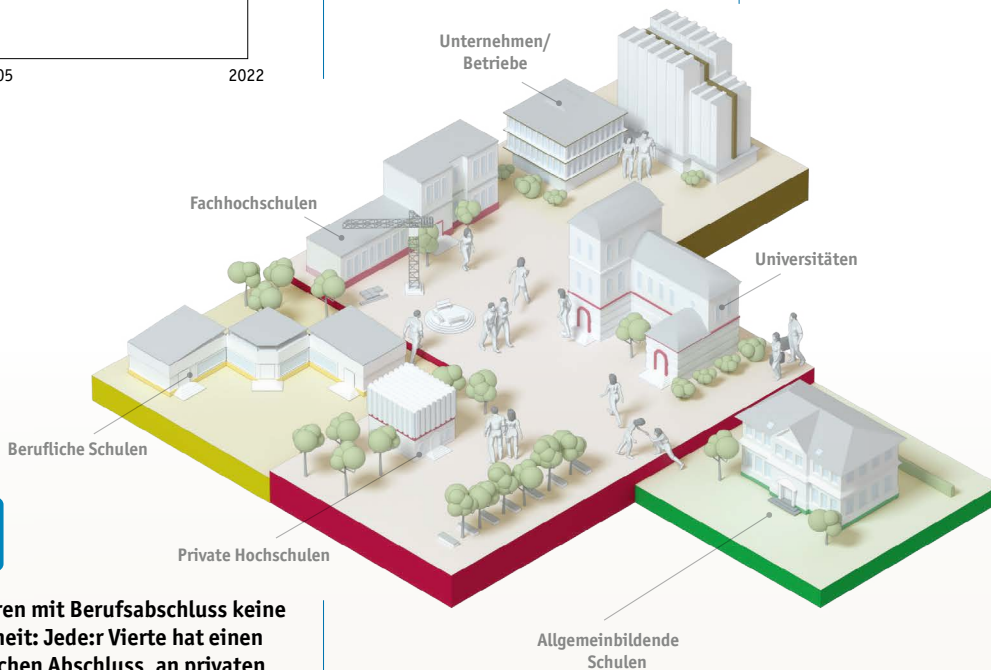
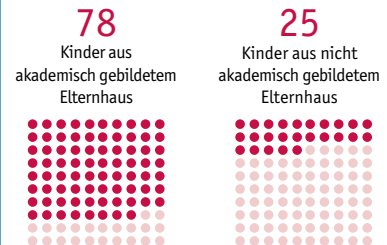
Internationale Absolvent:innen als wichtiges Fachkräftepotenzial – in MINT-Fächern sogar jede:r Vierte aus dem Ausland

Anteil internationaler Absolvent:innen (Master und Promotion, 2022)



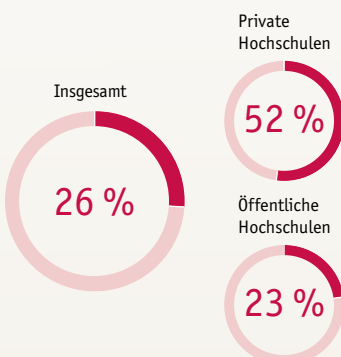
Trotz Expansion bleibt Beteiligung an hochschulischer Bildung sehr ungleich

Von 100 Kindern nehmen ein Studium auf:



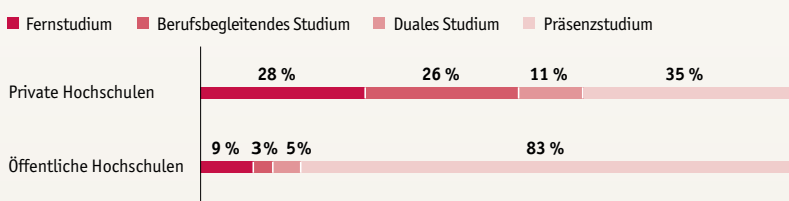
Studieren mit Berufsabschluss keine Seltenheit: Jede:r Vierte hat einen beruflichen Abschluss, an privaten Hochschulen sogar jede:r Zweite

Anteil Studierender mit abgeschlossener Berufsausbildung oder beruflicher Aufstiegsfortbildung



Stark weiterbildende Orientierung privater Hochschulen erkennbar auch an hoher Bedeutung flexibler Studienformate

Anteil Studierender nach Studienformaten (2021)



Die Weiterbildung erfährt seit 10 bis 15 Jahren deutlich mehr bildungspolitische Aufmerksamkeit. Dies zeigt sich an Programmen wie „Aufstieg durch Bildung“, der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung oder der Nationalen Weiterbildungsstrategie. Hinzu kommen verabschiedete und geplante Gesetze auf Länder- und Bundesebene, die die berufliche Weiterbildung vor dem Hintergrund des Strukturwandels fokussieren (u. a. Bildungszeitgesetze, Arbeit-von-morgen-Gesetz, Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung). Im Vordergrund stehen die Förderung der Teilnahme insbesondere an beruflicher Weiterbildung, der Abbau fortdauernder sozialer und struktureller Benachteiligungen sowie der Ausbau von Angeboten und deren Zugänglichkeit. Gleichzeitig werden neue Formen der Koordination und Kooperation zwischen Betrieben, Sozialpartnern und Weiterbildungsanbietern etabliert, etwa durch die Förderung von Weiterbildungsverbünden in regionalen Kontexten.

Einhergehend mit der Ausrichtung bildungspolitischer Programme wird der größte Teil (77 %) der Weiterbildungsteilnahmen weiterhin im betrieblichen Kontext realisiert. Betriebe, die ihre Weiterbildungsaktivität aufgrund der Corona-Pandemie eingeschränkt haben, sind jedoch auch im Jahr 2022 noch nicht wieder auf das Niveau vor der Corona-Pandemie zurückgekehrt. Statt 55 % (2019) waren im ersten Halbjahr 2022 nur 42 % der Betriebe weiterbildungsaktiv. Die Chancen von Beschäftigten, vom Betrieb mit Weiterbildung gefördert zu werden, verteilen sich sehr unterschiedlich. Insbesondere in wissensintensiven Branchen (u. a. Information/Kommunikation), die bereits zuvor ein hohes Weiterbildungsengagement zeigten, haben Betriebe ihre Aktivität wieder schneller ausgebaut, während Branchen im industriellen Sektor (u. a. Produktionsgüter) weiterhin eine sehr geringe Aktivität aufweisen. Bekannte Unterschiede nach der Betriebsgröße bleiben bestehen. Wirkungen der gesetzlichen Initiativen auf die Weiterbildungsaktivität von kleinen und mittleren Unternehmen lassen sich bislang noch nicht verlässlich beurteilen – weil einerseits die öffentlich finanzierte Weiterbildungsförderung wenig in Anspruch genommen wird und andererseits viele einzelne Fördervorhaben nicht umfassend evaluiert werden.

Onlineangebote haben sich in der Weiterbildung etabliert und gewinnen deutlich an Relevanz. Mehr als jede 3. Weiterbildungsveranstaltung (35 %) hat 2022 rein online stattgefunden (2020: 17 %), immer noch mit teils deutlichen Unterschieden nach Anbietertypen und Weiterbildungsthemen. Die Beteiligung an Weiterbildung scheint durch neue digitale Formate nicht an-

gestiegen zu sein, verbleibt aber auf hohem Niveau. Unter den 18- bis unter 70-Jährigen haben im Jahr 2022 55 % an Weiterbildung teilgenommen (2020: 57 %), 70 % haben informell gelernt (2020: 69 %). Soziale Unterschiede nach formalem Bildungsabschluss oder Erwerbsstatus bleiben bestehen, sowohl beim Präsenz- als auch beim Onlinelernen. Um das von der Bundesregierung gesetzte Ziel zu erreichen, die Weiterbildungsbeteiligung der 25- bis unter 65-Jährigen bis 2030 auf 65 % zu erhöhen, bedarf es noch weiterer Anstrengungen, wobei dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn die sozialen Unterschiede in der Weiterbildungsteilnahme reduziert werden.

Auf Anbieterebene etablieren sich zunehmend auch die Hochschulen mit weiterbildenden Studiengängen, aber auch kürzeren Zertifikatsangeboten auf akademischem Niveau. Gleichwohl stellt die wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen auch 2022 nur einen Nischenbereich der Weiterbildung insgesamt dar, ausgerichtet auf eine eingegrenzte Zielgruppe. Das Engagement der Hochschulen unterscheidet sich zudem nach Trägerschaft und Hochschulart. An privaten Hochschulen sind 43 % aller Masterstudiengänge weiterbildend, an öffentlichen Hochschulen dagegen nur 11 %. Zu den institutionellen Unterschieden dürften insbesondere die beihilferechtlichen Vorgaben auf EU-Ebene beitragen.

Seit dem Krieg in der Ukraine ist der Bedarf an Integrationskursen erneut und sogar stärker als 2016 angestiegen. Im Jahr 2022 wurden rund 634.000 Teilnahmeberechtigungen ausgestellt. Zwar ist es gelungen, die Kurskapazitäten schnell wieder auszubauen. Lehrkräftebedarf und damit auch Kursbedarf besteht aber weiterhin. Entsprechende Rekrutierungsprobleme wie für Integrationskurse lassen sich mittlerweile anbieterübergreifend bei Weiterbildungseinrichtungen feststellen.

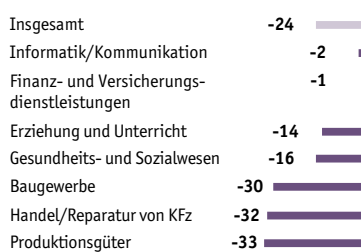
Zu beobachten bleibt, inwiefern mit den neu geschaffenen und zum Teil erst seit kurzer Zeit bestehenden Formen der Koordination und Kooperation im Rahmen der Nationalen Weiterbildungsstrategie die avisierten Ziele erreicht werden. Anzunehmen ist, dass fortbestehende Disparitäten auch in der Komplexität des deutschen Weiterbildungssystems mit Blick auf Finanzierungs- und Förderungsstrukturen begründet sind. Reformbemühungen, die diese Strukturen bündeln, wie auch von einem OECD-Bericht im Jahr 2021 vorgeschlagen, liegen bislang nicht vor. Auch das Personal in der Weiterbildung, dessen Qualifikation und Beschäftigungsbedingungen sowie die Qualität von Weiterbildungsprozessen sind bislang kaum Gegenstand bildungspolitischer Initiativen.

Im Überblick



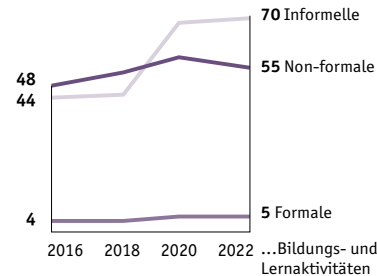
Weiterbildungsaktivität der Betriebe noch nicht wieder auf Vor-Corona-Niveau

Veränderung des Anteils weiterbildungsaktiver Betriebe ausgewählter Branchen 2019 zu 2022 (in %)



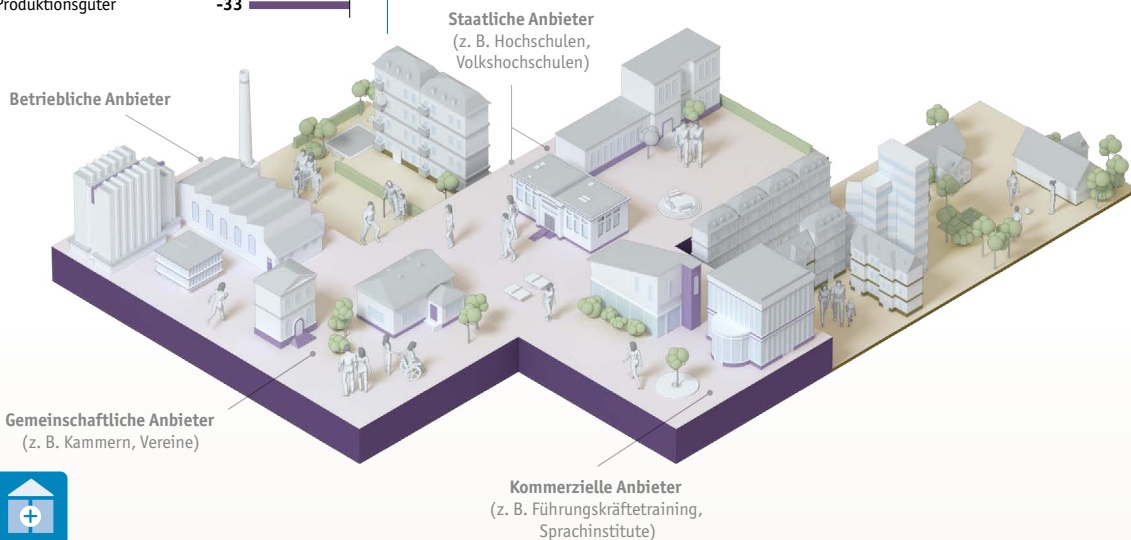
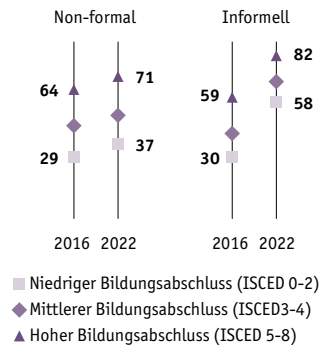
Stagnation bei (non-)formalem Lernen, Wachstum bei informellem Lernen

Teilnahmequoten der 18- bis unter 70-Jährigen (in %)



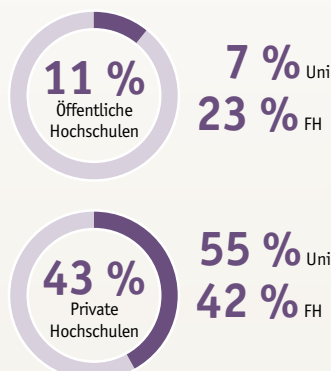
Andauernde soziale Unterschiede in der Weiterbildungsbeteiligung, auch beim informellen Lernen

Gruppenspezifische Teilnahmequoten (in %)



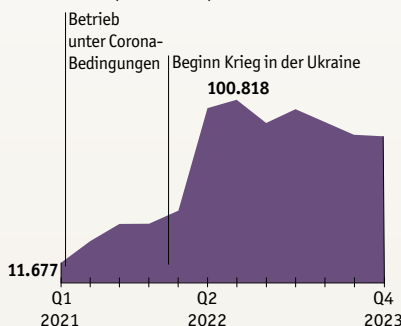
Weiterbildende Master an Hochschulen unterschiedlich etabliert

Anteil weiterbildender Masterstudiengänge an allen Masterstudiengängen an Hochschulen nach Trägerschaft und Hochschulart (in %)



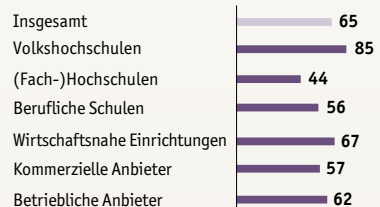
Bedarf an Integrationskursen seit Beginn des Kriegs in der Ukraine stark angestiegen

Neue Kursteilnehmende in Integrationskursen im Zeitverlauf (in Quartalen)



Weiterbildungseinrichtungen haben anbieterübergreifend Schwierigkeiten, Personal zu finden

Anteil der Einrichtungen, die der Aussage eher oder vollständig zustimmen, Schwierigkeiten bei der Personalfindung zu haben (in %)



Gesellschaftliche Transformationsprozesse wie die Digitalisierung wirken sich unmittelbar auf die berufliche Bildung aus, werden jedoch auch von ihr gestaltet. Über den Lebensverlauf hinweg können Personen dafür nötige Qualifikationen und Kompetenzen in den 3 Bereichen beruflicher Bildung – Berufsausbildung (mit den 3 Sektoren duale Ausbildung, schulische Ausbildung und Übergangssektor), Hochschulbildung und Weiterbildung – erwerben.

Die Auseinandersetzung mit den Anforderungen der Arbeitswelt und den eigenen Interessen und Fähigkeiten beginnt in der frühen Kindheit, in der erste Vorstellungen über Berufe entwickelt werden, und reicht bis ins Rentenalter hinein. Im Jugendalter ist dieser Prozess der beruflichen Orientierung besonders intensiv, da Jugendliche erstmals einen beruflichen Bildungsweg wählen. 48 % der 15- bis 20-Jährigen haben einen konkreten Berufswunsch und den meisten Jugendlichen gelingt nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule die Einmündung in eine Ausbildung oder ein Studium. Der Berufswahlprozess mündet für über zwei Drittel der Jugendlichen mit maximal Mittlerem Schulabschluss jedoch in einen Kompromiss: Sie beginnen eine Ausbildung, die nicht ihrem eigentlichen Wunschberuf entspricht. Ein kleiner Teil nimmt deutlich schlechtere Bedingungen im Hinblick auf Gehalt, Arbeitszeiten und Berufsprestige in Kauf, rund zwei Fünftel gehen Kompromisse bei einzelnen beruflichen oder betrieblichen Merkmalen ein. Insgesamt gehen Berufswahlkompromisse häufig mit einer erhöhten Abbruchwahrscheinlichkeit einher, selbst wenn die Bedingungen verbessert werden konnten.

Jugendliche, die nicht direkt eine Ausbildung aufnehmen, beginnen häufig eine Maßnahme im Übergangssektor. Die Befunde zur Wirkung der Maßnahmen sind ambivalent. Es zeigt sich etwa, dass vor allem Jugendliche ohne Schulabschluss, die einen Ersten Abschluss nachholen, ihre Chancen auf eine Ausbildung verbessern können. Maßnahmen mit enger Betriebsanbindung, die auf einen Übergang in Ausbildung abzielen, zeigen durchweg positive Effekte. Allerdings münden viele der Teilnehmenden, insbesondere die mit maximal Erstem Schulabschluss, in Ausbildungen mit niedrigem Berufsprestige ein. Zudem sind auch nach 36 Monaten nur etwas mehr als 60 % der Teilnehmenden im Übergangssektor in vollqualifizierende berufliche Bildung übergegangen. Insgesamt besteht bei 45 % aller Teilnehmenden im Übergangssektor ein hohes Risiko für instabile weitere Ausbildungsverläufe und Ausbildungslosigkeit.

Etwa drei Viertel der Auszubildenden und Studierenden beendet den einmal begonnenen Bildungsgang mit Abschluss. Es gibt jedoch auch zahlreiche junge Erwachsene, die den eingeschlagenen Bildungsweg verlassen. Die meisten Umorientierungsprozesse finden früh im Bildungsverlauf statt und münden wieder in stabile Bildungslaufbahnen ein. Gut ein Drittel der Ausbildungsabbrecher:innen erlebt jedoch anschließend instabile Bildungswege mit einem erhöhten Risiko, ausbildungslos zu bleiben.

Weiterbildung, berufliche und akademische Höherqualifizierung sind zentral für die Sicherung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit und des Fachkräftebedarfs. Während die Mehrheit der Bachelorabsolvent:innen ein Masterstudium anschließt, nimmt die Mehrheit der Ausbildungsabsolvent:innen zunächst eine Erwerbstätigkeit auf. Von denjenigen, die sich weiterqualifizieren, wählen zwei Drittel ein Bachelorstudium und ein Drittel eine höherqualifizierende Berufsbildung (z. B. Meister:in). Einen solchen Abschluss der beruflichen Höherqualifizierung haben jedoch unter 10 % der Deutschen ab 25 Jahren.

Die vergleichsweise enge Verbindung von Berufsausbildung und Beschäftigungssystem trägt in den meisten Fällen zu einem Einstieg in eine niveau- und fachadäquate Beschäftigung bei. Trotz der gestiegenen Berufs- und Arbeitsmarktausrichtung vieler Studiengänge ist eine fachadäquate Beschäftigung für Hochschulabsolvent:innen seltener, jedoch sind sie meist niveauadäquat tätig. Auch im Falle einer beruflichen Umorientierung im Verlauf des Erwerbslebens bleiben viele Personen niveauadäquat beschäftigt. Berufliches Wissen und Können wird jedoch nicht nur in Ausbildung oder Studium erworben, sondern auch über non-formale Bildung und informelles Lernen am Arbeitsplatz. 50 % der Beschäftigten ohne Berufsabschluss sind auf Facharbeiter:innenniveau beschäftigt, allerdings in Berufen mit niedrigem Prestige. 40 % üben Helfer:innentätigkeiten aus. Zudem sind formal gering Qualifizierte häufiger von instabilen Erwerbsbiografien betroffen als Personen mit beruflichem Abschluss.

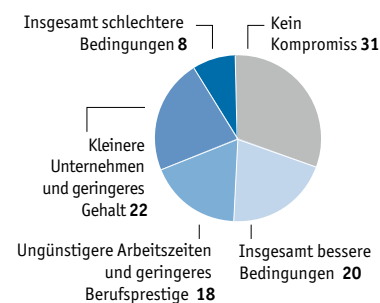
Die Qualität beruflicher Bildung trägt zur Attraktivität und zum Erfolg von Bildungsangeboten und zur Bereitstellung der auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Kompetenzen bei. Verfahren zur Qualitätssicherung und -entwicklung sind in den 3 beruflichen Bildungsbereichen unterschiedlich stark etabliert. Systematische Erkenntnisse zu Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität existieren kaum, sodass hier deutliche Entwicklungspotenziale für eine evidenzbasierte Steuerung liegen.

Im Überblick



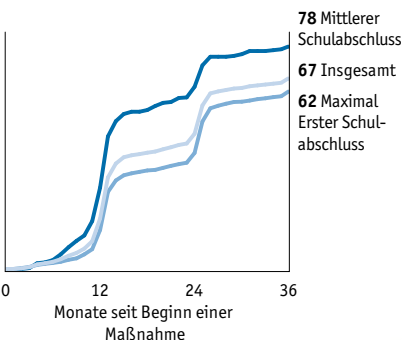
Kompromisse bei Berufswahl die Regel, selten erhebliche Einbußen

Anteil an Jugendlichen, die unterschiedliche Kompromisse eingehen (in %)



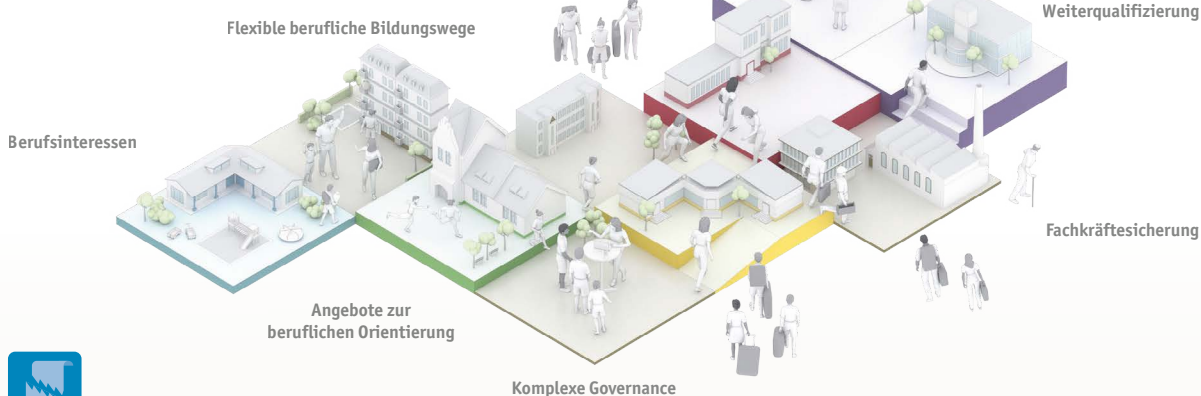
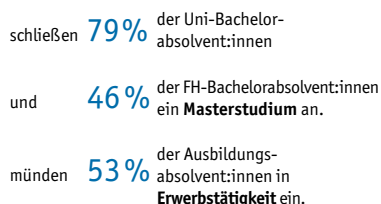
Nicht allen Jugendlichen gelingt nach Übergangsmaßnahme die Einmündung in berufliche Bildung

Kumulierter Anteil an Jugendlichen, die in vollqualifizierende berufliche Bildung übergehen (in %)



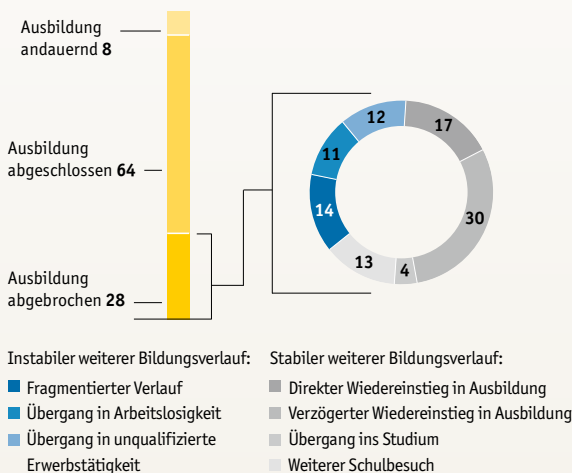
Nach Berufsausbildung folgt meist Arbeitsmarkteinstieg, nach Bachelor ein Master

Nach dem Abschluss ...



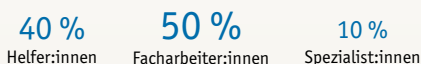
Abbruch der Ausbildung meist unproblematisch, jeder dritte führt jedoch in instabile weitere Bildungsverläufe

Bildungsverläufe nach Ausbildungsabbruch (in %)

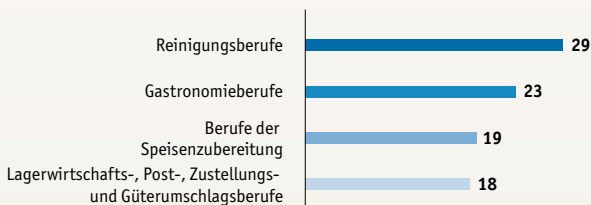


Beschäftigte ohne Berufsabschluss häufig als Fachkraft tätig, zumeist in Berufen mit geringem Prestige

Tätigkeitsniveau der Beschäftigten ohne Berufsabschluss



Anteil formal gering Qualifizierter in ausgewählten Berufen (in %)



Die Betrachtung des Individuums auf seinem Lebensweg erfordert eine bildungsbereichsübergreifende Perspektive sowohl auf Bildungsverläufe als auch auf die Kompetenzentwicklung. Dieses Kapitel nimmt dabei auch das Gelingen oder Misslingen des Zusammenwirkens der einzelnen Bildungsbereiche in den Blick. Befunde zu Bildungs- und Erwerbsverläufen verdeutlichen die weiterhin existierenden ungleichen Bildungschancen nach sozialer Herkunft. So nahmen Jugendliche und junge Erwachsene, die 2010 die 9. Jahrgangsstufe besuchten und aus Familien mit formal gering qualifizierten Eltern stammen, 3-mal so häufig an berufsvorbereitenden Maßnahmen im Übergangssektor teil als Gleichaltrige aus Familien mit höheren Bildungsabschlüssen. Darüber hinaus waren sie in den etwa 10 Jahren nach Besuch der 9. Jahrgangsstufe häufiger arbeitslos, ohne zuvor einen beruflichen Abschluss erworben zu haben. Demgegenüber zeigt sich aber auch, dass Bildungsabschlüsse auch noch im Laufe eines Lebens erworben oder nachgeholt werden, wenn Personen das Bildungssystem einmal verlassen haben. So erreichten beispielsweise 46 % der zunächst formal gering qualifizierten 1945 bis 1949 Geborenen innerhalb von 40 Jahren einen höheren Bildungsabschluss, der mindestens der ISCED-Stufe 3 entspricht. Nicht selten nahmen Personen an formalen Bildungsaktivitäten während ihrer Erwerbstätigkeit teil.

Ergänzend zum Erwerb von Bildungsabschlüssen ist bedeutsam, wie sich die Entwicklung von Kompetenzen aus einer Lebensverlaufsperspektive darstellt. In jungen Jahren nimmt neben dem Besuch von Institutionen des Bildungssystems auch das häusliche Umfeld für die Kompetenzentwicklung von Kindern eine zentrale Bedeutung ein. So wiesen Kinder, denen in ihrem häuslichen Umfeld im Alter von 3 Jahren mehrmals täglich vorgelesen wurde, in den nachfolgenden 4 Jahren einen umfangreicheren Wortschatz auf als Kinder, denen im selben Alter höchstens einmal in der Woche vorgelesen wurde. Obwohl in den frühen Lebensjahren wichtige Grundlagen für den Erfolg oder Misserfolg von Bildungslaufbahnen und den Kompetenzerwerb gelegt werden, können sich Kompetenzen ein Leben lang weiterentwickeln und verbessern. Von Erwachsenen, die in den Jahren 2010/11 bzw. 2012/13 eine geringe Lesekompetenz aufwiesen, gelang es einem Drittel in den darauffolgenden 4 bis 6 Jahren, ihre Lesekompetenz auf ein mittleres oder gar hohes Niveau zu steigern.

Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sind häufiger erwerbstätig und erzielen grundsätzlich im Laufe ihres Erwerbslebens ein höheres Erwerbseinkommen. Einzelne Bevölkerungsgruppen partizipieren dabei unterschiedlich stark am Arbeitsmarkt: Die Erwerbsbeteiligung von gering qualifizierten Erwachsenen lag auch im Jahr 2022 unter der von formal höher qualifizierten Erwachsenen. Bildungsunterschiede in der Erwerbsbeteiligung verschärfen sich, wenn Kinder im Haushalt wohnen. Mit Kindern unter 6 Jahren nahmen beispielsweise gering qualifizierte Frauen deutlich seltener am Erwerbsleben teil als Frauen mit einem (Fach-)Hochschulabschluss. Neben der Momentaufnahme der Erwerbsbeteiligung im Jahr 2022 wird aus einer mittel- und langfristigen Perspektive darüber hinaus sichtbar, dass niedrige Bildungsabschlüsse im Vergleich zu höheren Bildungsabschlüssen bei 1965 bis 1974 Geborenen eher mit Langzeitarbeitslosigkeit und länger andauernder Nichterwerbstätigkeit einhergehen. Bei der Betrachtung der Erwerbsverläufe dieser Geburtskohorte über einen Zeitraum von 20 Jahren war der Anteil formal gering qualifizierter Personen mit 5 % beim Verlauf der „dauerhaften Erwerbstätigkeit mit mindestens 30 Wochenstunden“ am geringsten.

Aus gesellschaftlicher Perspektive ist Bildung zwar nicht der einzige, aber ein wichtiger Aspekt für den sozialen Zusammenhalt in einer Demokratie. Für den Beginn der 2020er-Jahre lässt sich zeigen, dass höhere Bildungsabschlüsse Erwachsener nicht nur mit einem höheren politischen Interesse einhergingen, sondern auch mit der Zustimmung zu wesentlichen Aspekten der demokratischen Grundordnung sowie dem Vertrauen in demokratische Institutionen wie den Bundestag oder das Bundesverfassungsgericht.

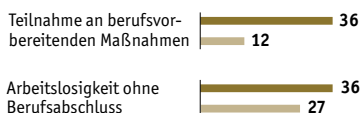
Vor dem Hintergrund der Befunde des Kapitels wäre es wichtig, Angebote und Gelegenheiten zur Bildungsteilnahme für Personen zu schaffen, die sich nicht (mehr) in einer Bildungseinrichtung befinden – und diese Angebote für Personen in unterschiedlichen Lebensphasen auch auffindbar und zugänglich zu machen. Darüber hinaus sollten in den vorhandenen Strukturen mit primär bildungsbereichsspezifischen Verantwortlichkeiten Kooperationen und förderliche Rahmenbedingungen für gelingende Übergänge zwischen Bildungsbereichen geschaffen werden. Dies gilt sowohl für die Bildungsbeteiligung in frühen Lebensjahren als auch für die Bildungsteilnahme bis ins hohe Erwachsenenalter.

Im Überblick



Deutliche Ungleichheiten bei Bildungs- und Erwerbsverläufen nach Bildungsabschluss der Eltern

Junge Erwachsene, die 2010 die 9. Jahrgangsstufe besuchten und fast 10 Jahre beobachtet wurden (in %)

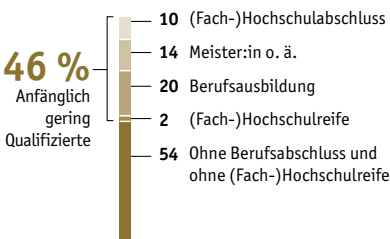


■ Eltern ohne Berufsabschluss und ohne (Fach-)Hochschulreife
■ Eltern mit Berufsabschluss oder (Fach-)Hochschulreife



Höherqualifizierung im Erwerbsalter von formal gering Qualifizierten häufig

Höchster Bildungsabschluss von 1945 bis 1949 Geborenen 40 Jahre nach erstmaligem Verlassen des Bildungssystems (in %)

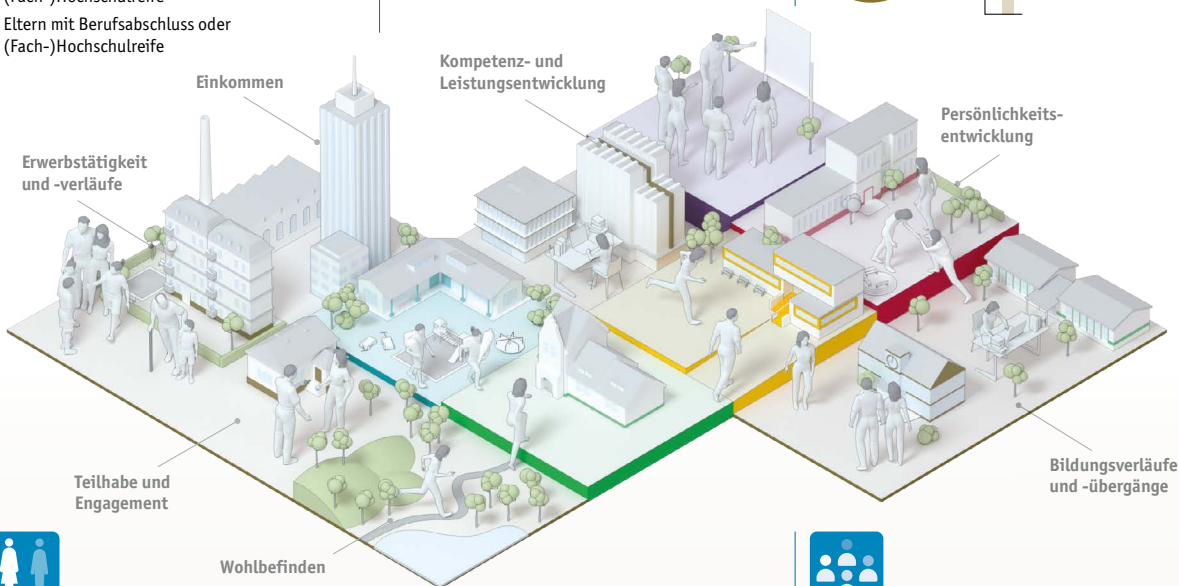
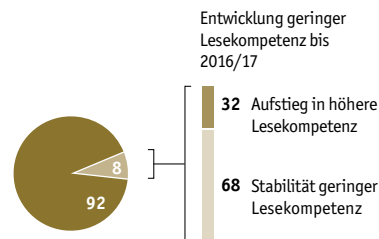


Steigerung der Lesekompetenz auch im Erwachsenenalter lebenslang möglich

Lesekompetenz von 24- bis unter 70-Jährigen in den 2010er-Jahren (in %)

Erwachsene mit 2010/11 bzw. 2012/13 ...

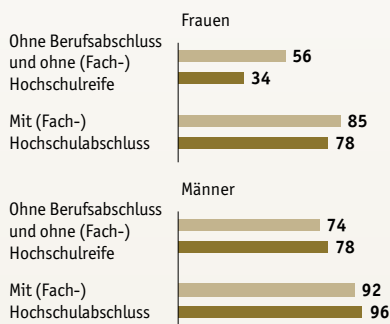
■ ... geringer Lesekompetenz
■ ... höherer Lesekompetenz



Kinder im Haushalt bedeuten zum Teil deutlich geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen

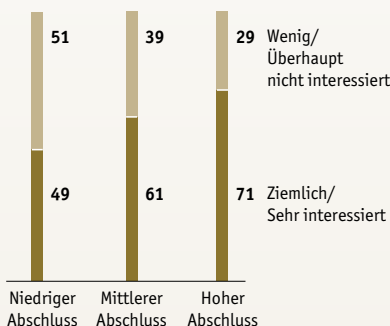
Erwerbsbeteiligung der 25- bis unter 65-Jährigen 2022 (in %)

■ Gesamt ■ Mit Kindern unter 6 Jahren



Politisches Interesse unterscheidet sich nach Bildungsabschluss

Politisches Interesse von 34- bis unter 77-Jährigen 2021/22 (in %)



Langzeitarbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit am deutlichsten durch gering Qualifizierte geprägt

Ausgewählte Erwerbsverläufe von 1965 bis 1974 Geborenen der ersten 20 Jahre nach erstmaligem Verlassen des Bildungssystems und Anteile anfänglich formal gering Qualifizierter (in %)



Strukturen, Prozesse und Entwicklungen im Bildungssystem lassen sich nur als Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels von externen Einflüssen und eigendynamischen Entwicklungen verstehen. Externe Einflüsse sind teils das Ergebnis bewusster bildungspolitischer Entscheidungen, wie etwa im Falle der Reorganisation der Lehrer:innenbildung oder der Einführung der gestuften Studienstruktur mit Bachelor- und Masterstudiengängen. Teils sind sie Ausdruck sich außerhalb des Bildungssystems vollziehender Prozesse, wie z. B. demografische Veränderungen. Eigendynamische Entwicklungen machen sich u. a. dann bemerkbar, wenn Eigeninteressen von Bildungsinstitutionen miteinander konkurrieren – wie etwa bei der Gestaltung von Übergangsprozessen zwischen beruflicher und akademischer Bildung oder bei der Inklusion von Personen mit Benachteiligungen, was sich in unterschiedlichen Inklusionsquoten der verschiedenen Schularten des Sekundarschulbereichs erkennen lässt. Der Bedarf an externer Steuerung und interner Reaktionsfähigkeit des Bildungssystems wird besonders eingefordert, wenn ‚exogene Ereignisse‘ das Bildungssystem vor Herausforderungen stellen. Dazu zählen etwa die Corona-Pandemie oder aktuell das hohe Aufkommen der fluchtbedingten Einwanderung als Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine. Der Bildungsbericht als evaluative Gesamtschau des Bildungsgeschehens über alle Bildungsbereiche hinweg bietet eine Basis für die Beschreibung des Zusammenspiels von Steuerung, exogenen Einflüssen und eigendynamischen Entwicklungen, auch wenn nicht alle sich vollziehenden Entwicklungen durch Indikatoren gut dokumentiert werden können.

3 gesamtgesellschaftliche Entwicklungen lassen sich beispielhaft illustrieren: Spätestens seit dem Inkrafttreten des sogenannten ‚Zuwanderungsgesetzes‘ zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürger:innen und Ausländer:innen im Januar 2005 ist Deutschland ein ausgewiesenes Zuwanderungsland, das seitdem auch gezielt Integrations- und Sprachbildungsangebote vorhält. Starke, vor allem krisenbedingte Zuwanderungen stellen große Anforderungen an Strukturen und Prozesse des Bildungssystems und beeinflussen deren Ergebnisse. Die Integration von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung ist für die Gesellschaft und für die Individuen eine kontinuierliche Aufgabe, die Bildungsprozesse von der frühen Bildung bis hinein ins Erwachsenenalter berührt. Eine 2. zentrale, alle Bildungsbereiche betreffende gesamtgesellschaftliche Entwicklung ist die Digitalisierung von Lern- und Bildungsprozessen und ihrer administrativen und pädagogischen Begleitung. In allen gesellschaftlichen Bereichen vollzieht sich ein enormer Digitalisierungsschub,

der nicht nur zu einer Digitalisierung der Arbeitswelt führt, sondern auch die privaten Lebenszusammenhänge mehr und mehr durchdringt. Diese Entwicklungen produzieren neue Ungleichheiten, die Auswirkungen auf die individuelle Teilhabe an der Gesellschaft haben können. Es ist als anhaltende zentrale Aufgabe zu verstehen, Bildungskontexte zunehmend digital zu gestalten und den Kulturwandel durch Digitalität mitzudenken. Und schließlich markiert, drittens, der Personalmangel als gesamtgesellschaftliche Problemlage auch das Bildungssystem in all seinen Bereichen, wenn auch in den verschiedenen institutionellen Kontexten des Bildungssystems unterschiedlich drängend. Es geht übergreifend um Fragen der Rekrutierung und Bindung von qualifizierten Beschäftigten ebenso wie um die bessere Ausschöpfung vorhandener Personalkapazitäten, z. B. durch die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Dabei ist die Personalrekrutierung im Bildungssystem durch eine doppelte Konkurrenzsituation gekennzeichnet: Sie muss sich verschiedenen, zum Teil attraktiveren Segmenten des Beschäftigungssystems ebenso stellen wie den unterschiedlichen Bedingungen innerhalb der verschiedenen Bereiche des Bildungssystems. Erkennbar ist dies etwa, wenn Lehrkräfte in andere Bildungsbereiche mit stabileren Beschäftigungsbedingungen abwandern.

Vor dem Hintergrund dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen formulieren wir im Folgenden übergreifende Trends, Problemlagen und Herausforderungen.

Geringfügig steigende Ausgaben für Bildung, doch keine Bedarfsdeckung: Die Ausgaben für Bildung in Deutschland sind in den letzten 10 Jahren um 46 % auf 264 Milliarden Euro im Jahr 2022 gestiegen; für die Ausgestaltung von Bildungsangeboten und -prozessen stehen also mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Bezieht man die Bildungsausgaben auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), so steigt der Anteil in den letzten 10 Jahren allerdings lediglich um 0,2 Prozentpunkte. Der finanzielle Zuwachs ist zum einen auf gezielte Steuerungsmaßnahmen wie Zusatzinvestitionen in der Frühen Bildung, im Ganztagsausbau oder jüngst für das Startchancen-Programm zurückzuführen und zum anderen auch eine Folge des Wirtschaftswachstums und der Inflation der vergangenen Jahre. Im Ergebnis zeigt sich, dass die gestiegenen Investitionen in das Bildungssystem nicht ausreichen, um den vorhandenen und in den letzten 10 Jahren deutlich gestiegenen Bedarf zu decken. Dies betrifft u. a. die Frühe Bildung, den Ausbau des Ganztagsangebots oder den Sanierungsbedarf von Gebäuden. In der Weiterbildung ermangelt es u. a. einer fehlenden Grundfinanzierung von Grundbildungsangeboten.

Wachsende Heterogenität, die individualisierte und zielorientierte Förderung zur Sicherung des Bildungsstands der Bevölkerung erfordert:

Die Rahmenbedingungen, unter denen Bildungsprozesse initiiert werden, variieren auf individueller, institutioneller und systemischer Ebene. So unterscheiden sich insbesondere junge Bildungsteilnehmer:innen deutlich hinsichtlich ihrer familialen Förderung und Unterstützungsstrukturen, mit erheblichen Auswirkungen auf die individuelle Sprachentwicklung, etwa den Wortschatz und wichtige Vorläuferkompetenzen für die Teilhabe an schulischen Bildungsprozessen. Auch auf der institutionellen Ebene gibt es eine große Varianz. So unterscheiden sich zwischen den Bildungseinrichtungen etwa die Anteile der Personen, die für die jeweilige altersgemäße Bildungsetappe über nicht hinreichende Kenntnisse der Instruktions- und Verkehrssprache verfügen, die Anteile von neu eingemündeten Jugendlichen in den Übergangssektor, die eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit haben, oder die Anteile inklusiv beschulter Bildungsteilnehmer:innen sowie die Strategien und Maßnahmen, mit den daraus folgenden Herausforderungen umzugehen. Im Hochschulbereich bezieht sich Vielfalt u. a. auch auf das Angebot der Studienformate oder die unterschiedlichen Situationen von berufsbegleitend und in Präsenz Studierenden. Schließlich variieren zwischen und innerhalb der Bildungsbereiche die Bemühungen, Digitalisierungsprozesse zu initiieren und durch die Möglichkeiten der Digitalisierung und einer Kultur der Digitalität Bildungsprozesse neu zu denken. Gleichzeitig gilt, dass das Internet bislang nicht gleichermaßen über alle Bevölkerungsgruppen hinweg als Lernort genutzt wird und sich die Nachfrage entsprechend ungleich verteilt. Mit dieser Heterogenität auf individueller wie auch auf institutionell-struktureller Ebene innovativ und nachhaltig umzugehen, bei gleichzeitig knapper werdenden monetären und personellen Ressourcen, ist eine große Herausforderung auch an die Kompetenzen des pädagogischen Personals. Wie immens und bedeutsam diese Herausforderung ist, zeigen die großen Bildungsstudien zumindest für den Schulbereich, wonach die Gesamtleistungen des Systems stagnieren oder sogar zurückgegangen sind.

Fortbestehende soziale Disparitäten, die eine wirksame Gegensteuerung im Bildungssystem verlangen:

Bildungsungleichheiten zeigen sich im öffentlich verantworteten wie im privat organisierten Bildungsgeschehen seit dem Beginn der Institutionalisierung des lebenslangen Lernens. Sie lassen sich zunächst auf den Erwerb von Kompetenzen und Abschlüssen beziehen. Hier wird deutlich, dass der Anteil der jungen Menschen, die nicht über hinreichende Basiskompetenzen am

Ende einer Bildungsstufe verfügen, anhaltend hoch ist. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die die Mindeststandards in Deutsch, Lesen und Mathematik – Kompetenzbereiche, die die Voraussetzung für anschlussfähiges Lernen in anderen Fächern und höheren Klassenstufen darstellen – nicht erreichen, ist insgesamt und im internationalen Vergleich groß. Dies hat entscheidende Folgewirkungen für die Bewältigung zukünftiger individueller Bildungs- und Entwicklungsaufgaben. Neben den geringen Kompetenzständen offenbart sich eine 2. Dimension von Bildungsungleichheit: Der Bildungserwerb ebenso wie die Wahl eines Berufs sind nach wie vor stark an die familialen Gegebenheiten einerseits und an die damit zusammenhängenden Bildungs- und Erwerbsbiografien andererseits gebunden. Dies bezieht sich nicht nur auf familiäre Lerngelegenheiten wie das Vorlesen. Vielmehr geht es um die Ermöglichung institutioneller Lern- und Entwicklungsangebote, die sich nicht nur auf den Besuch einer Kita, einer adäquaten Schulform oder beruflichen Ausbildung beziehen, sondern auch auf frühe Gelegenheitsstrukturen wie die Nutzung musischer, kultureller oder sportlicher Angebote bereits in den ersten 6 Lebensjahren. Soziale Bildungsungleichheiten ziehen sich durch die Biografie bis in die Weiterbildungsbeteiligung. Eine der unverändert großen Problemlagen stellen soziale Ungleichheiten beim Zugang zu Bildungsangeboten dar. Diese nicht nur in den Blick zu nehmen, sondern wirksam präventiv und kurativ gegenzusteuern, bedeutet eine erhebliche bildungspolitische Herausforderung. Sie erfordert einen systemischen Blick auf das Bildungsgeschehen über den primären Bildungsbereich hinaus wie auch eine lebenslaufbezogene Perspektive. Offensichtlich wird, dass soziale Ungleichheiten im Bildungserwerb ebenso wie geringe Kompetenzstände in den Basiskompetenzen nicht da entstehen, wo sie in Large-Scale-Assessments wie PIRLS/IGLU und PISA oder den Bildungstrends erstmals empirisch abgebildet werden, sondern deutlich früher. Vor diesem Hintergrund sind Anstrengungen einer frühen Diagnose von Entwicklungsständen und eine obligatorische Förderung bei angezeigten Förderbedarfen ausdrücklich zu begrüßen und zu intensivieren.

Fortbestehende regionale Disparitäten in Bildungsangeboten und -teilnahme:

Trotz zunehmender Digitalisierung ist die lokale Verfügbarkeit von Bildungsangeboten nach wie vor von großer Bedeutung für den Bildungserwerb. Die langjährig beobachteten Ungleichheiten beim Bildungsangebot und deren Nutzung auf regionaler Ebene setzen sich fort. Die Angebotsstrukturen unterscheiden sich sowohl strukturell zwischen den Bundesländern (u. a. Organisation des Ganztags) als auch – noch deutlicher – zwischen kleinräumigen

regionalen Strukturen. Folglich sind Bildungsangebote nicht an jedem Ort in gleicher Weise erreichbar. Während Angebote insbesondere der universitären Hochschulbildung schon immer eine starke Anbindung an groß(städtische) Regionen hatten, ist es für Institutionen vor- und nachgelagerter Bildungsprozesse wichtig, ein wohnortnahes Angebot vorzuhalten. Dies betrifft im Wesentlichen Angebote der Frühen Bildung, der Schulbildung und der Berufsausbildung. Im Bereich der beruflichen Ausbildung sind regionale Ungleichheiten auch mit ungleichen Chancen bei der Integration in die Berufsausbildung verbunden, sowohl hinsichtlich der Frage, ob überhaupt eine Ausbildung aufgenommen werden kann, als auch im Blick auf unterschiedliche berufliche Ausbildungsmöglichkeiten. Aber auch in der Weiterbildung finden sich in ländlichen Räumen weniger Optionen als in Städten. Vor dem Hintergrund der im Grundgesetz in Artikel 72, Absatz 2 geregelten Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse in allen Regionen ist die Zugänglichkeit von Bildungsangeboten in allen Bildungsbereichen eine fortdauernde Herausforderung.

Anhaltende Personalengpässe in allen Bildungsbereichen:

Die zum Teil sehr angespannte Situation bei der Rekrutierung von Fachpersonal bleibt eine Herausforderung für nahezu alle Bildungsbereiche und -kontexte. Daher ist eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Bildungsbereiche zwingend für eine verlässliche und nachhaltige Steuerung zur Sicherung des Personalbedarfs, bei der staatliche Institutionen ebenso gefordert sind wie zivilgesellschaftliche Akteur:innen, etwa Berufs- und Trägerverbände. Die Entwicklungen sind auch deshalb differenziert zu betrachten, weil der Grad der Professionalisierung über die Bildungsbereiche hinweg variiert. Zur Sicherung der Qualität professionellen Handelns stellt in allen Bildungsbereichen die vorbereitende und begleitende Qualifizierung und Beratung von Seiten- und Quereinsteigenden eine große Herausforderung und Notwendigkeit dar, die nur mit einem weiteren Ausbau des Angebots von und der Beteiligung an berufsbegleitender Fortbildung bewältigt werden kann.

Berufliche Bildung als lebenslanger Prozess, der nicht hinreichend gerahmt und gesteuert ist: Berufliche Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der in der frühen Bildung mit dem Kennenlernen von Berufen beginnt und bis in die Nacherwerbsphase andauern kann. Eine zentrale Rolle nimmt die berufliche Orientierung im Jugendalter ein. Die Passung von Wunschberuf und Ausbildung oder Studienfach erweist sich für den Verlauf des eingeschlagenen Bildungswegs als zentral. Viele Jugendliche fühlen sich jedoch gegen Ende der Schulzeit trotz vielfältiger Orientierungsangebote nicht hinreichend in der Lage,

eine informierte Berufswahl zu treffen. Berufliche Bildung setzt darüber hinaus als lebenslanger Prozess voraus, dass berufliche Qualifizierung in verschiedenen Formaten in unterschiedlichen Lebensphasen stattfinden kann, z. B. durch das Nachholen von Abschlüssen, durch die Validierung und Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen oder durch berufliche und akademische Weiterbildung. Dafür braucht es flexible Bildungsformate, effiziente Anerkennungsverfahren und Strukturen, die Übergänge zwischen verschiedenen Bildungsbereichen ermöglichen. Auf individueller Ebene können so Bildungs- und Erwerbsbiografien gestaltet werden, auf ökonomischer Ebene geht es darum, den Fachkräftebedarf zu decken und dadurch die weitreichenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse (insbesondere Dekarbonisierung, Digitalisierung, Migration) aktiv mitzugestalten und eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft zu gewährleisten. Auf gesellschaftlicher Ebene steht die berufliche Bildung in der Pflicht, die soziale Teilhabe und Chancengleichheit zu fördern und zur breiten Inklusion von allen sozialen Gruppen beizutragen. Die Befunde legen nahe, dass die komplexen Steuerungslogiken in den Bereichen und Sektoren der beruflichen Bildung nur begrenzt die notwendige Flexibilität und Agilität aufweisen, um auf die genannten gesellschaftlichen Entwicklungen zeitnah zu reagieren.

Anhaltender Um- und Ausbau des Bildungssystems erfolgt eher reaktiv als proaktiv:

Alle vorliegenden Bildungsberichte haben darauf hingewiesen, dass sich das System in einem stetigen institutionellen Veränderungsprozess befindet. Dies bezieht sich nicht nur auf die Expansion in einzelnen Bildungsbereichen (u. a. Frühe Bildung, Ganzttag oder stark gestiegene Studierendenzahlen). Auch strukturell haben große Veränderungen stattgefunden. Hierzu zählen z. B. die Veränderungen des Schulformangebots in der Sekundarstufe I des allgemeinbildenden Schulsystems, die Änderungen von G9 zu G8 (und teilweise wieder zurück), die Einführung des Kernfachabiturs, die Neugründungen privater Hochschulen auf Initiative unterschiedlicher Träger, der Zukunftsvertrag ‚Studium und Lehre stärken‘, mit dem u. a. Studienbedingungen verbessert und Digitalisierungsprozesse unterstützt werden sollen, oder zusätzliche digitale Angebote in der Weiterbildung. Hinzu kommen programmbezogene Interventionen auf Ebene der Länder (z. B. *Quamath*, *#lesen.bayern*, *23+ Starke Schulen*, *S4 Schule stärken*, *starke Schule* oder das *PerspektivSchul-Programm*) und auch gemeinsame Programme von Bund und Ländern (z. B. *LemaS*, *SchuMaS*, *Startchancen-Programm*, *Berufsorientierungsprogramm des BMBF [BOP]*, *De-kade Alphabetisierung* und *Grundbildung in der Weiterbildung*), die darauf ausgerichtet sind, Problemlagen wie die Förderung

von Basiskompetenzen oder die Reduktion sozialer Benachteiligungen langfristig und systemisch zu adressieren. Das Bildungssystem ist insgesamt durch eine anhaltende Dynamik beim Um- und Ausbau seines institutionellen Gefüges und der begleitenden Programme gekennzeichnet. Große strukturelle Veränderungen über alle Bildungsbereiche hinweg lassen sich in der knapp 80-jährigen Nachkriegsgeschichte vor allem in den letzten 2 Dekaden feststellen. Damit verbindet sich die Frage, inwieweit ein umfassenderer Blick und Ansatz notwendig wird, um die künftige Weiterentwicklung eines reaktiven zu einem proaktiven Um- und

Ausbau des Bildungssystems zu gestalten. Ein solches müsste auch gekennzeichnet sein durch systemische Resilienz, kurzfristige Adaptivität und langfristige Lernfähigkeit, um auch mit unerwarteten exogenen Ereignissen zeitgerecht und in geeigneter Weise umgehen zu können. Förderprogramme können dazu allenfalls Impulse geben, strukturbildende Maßnahmen auf rechtlicher Grundlage aber nicht ersetzen. Ein solcher Ansatz ist auf gemeinsame Anstrengungen der Akteur:innen auf allen Ebenen, Bund, Länder, Kommunen, und in unterschiedlichen Wirkungskreisen wie Politik, Wissenschaft und Fachpraxis angewiesen.

Trends und Problemlagen

Anhaltender Um- und Ausbau des Bildungssystems erfolgt eher reaktiv als proaktiv

Geringfügig steigende Ausgaben für Bildung, doch keine Bedarfsdeckung

Fortbestehende soziale Disparitäten, die eine wirksame Gegensteuerung im Bildungssystem verlangen

Wachsende Heterogenität auf individueller und institutioneller Ebene, die individualisierte und zielorientierte Förderung zur Sicherung des Bildungsstands der Bevölkerung erfordert

Zentrale Herausforderungen

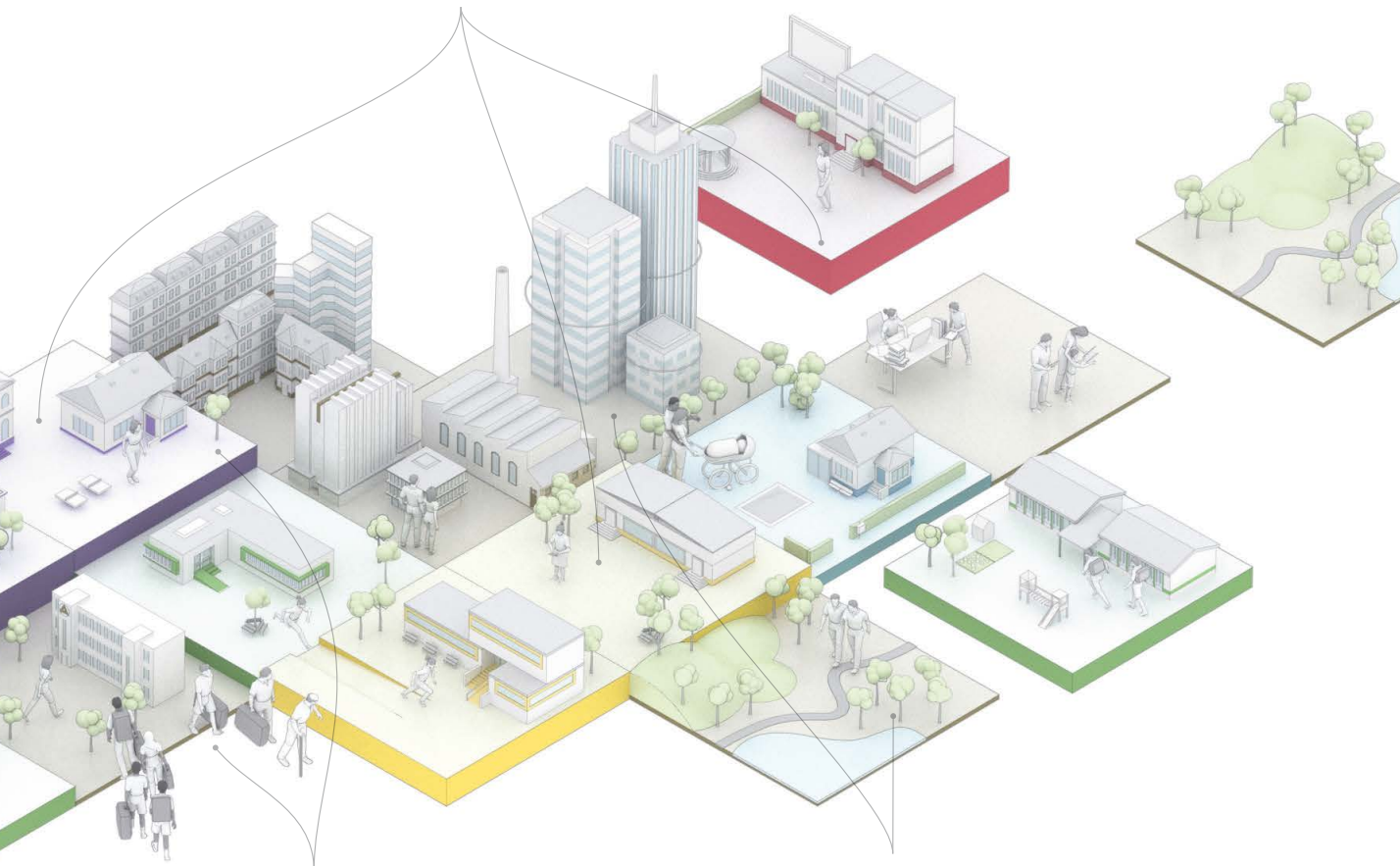


Bedarfsorientierte Ausfinanzierung des Bildungssystems



Qualität professionellen Handelns des pädagogischen Personals sichern

**Berufliche Bildung als lebenslanger Prozess,
der nicht hinreichend gerahmt und gesteuert ist**



**Bei anhaltenden Personalengpässen
in allen Bildungsbereichen gilt es die Qualität
professionellen Handelns zu sichern**

**Fortbestehende regionale Disparitäten
in Bildungsangeboten und -teilnahme**



**Kontinuierliche
Austausch- und Ab-
stimmungsprozesse
in der Governance in-
nerhalb und zwischen
Bildungsbereichen**



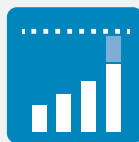
**Erfassung von
individuellen
Lernverläufen
und Wirkungen
von Reform-
maßnahmen**



**Gemeinsames
Verständnis von
Zielen, Aufgaben und
Verantwortlichkeiten bei
der Weiterentwicklung
von Bildungsinstitutionen**

Die beschriebenen Trends und Problemlagen sind jede für sich genommen bereits große bildungspolitische, bildungsadministrative und bildungspraktische Herausforderungen. Verbesserungen lassen sich nur dann erreichen, wenn die Handlungsmöglichkeiten aller Akteur:innen berücksichtigt werden – von den bildungspolitisch Verantwortlichen über die Interessengruppen bis hin zu den leitend und pädagogisch Verantwortlichen ‚vor Ort‘. Die Herausforderungen, die sich für die Entwicklung des Systems daraus ergeben, sind vielschichtig und auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. So lassen sich z. B. ein substanzieller Anstieg schulischer Kompetenzen und eine deutliche Reduktion der Gruppe, die die Mindeststandards in den Basiskompetenzen verfehlen, nicht erreichen, wenn ausschließlich mit den Mitteln von großen Förderprogrammen versucht wird, pädagogisches Personal fachlich zu qualifizieren – vielmehr muss es auch darum gehen, bewährte Qualifizierungskonzepte breit und nachhaltig zu implementieren und zu verankern. Zudem sind nicht nur Akteur:innen innerhalb der Bildungsinstitutionen (unterrichtliche und außerunterrichtliche) zu beachten, sondern auch vor- und außerschulische Lernorte und die dort geltenden Wirkungslogiken. Eine solche systemisch ausgerichtete Schul- und Unterrichtsentwicklung muss auch den sozialen Raum berücksichtigen, in dem Bildung stattfindet. Das im Schuljahr 2024/25 beginnende Startchancen-Programm bietet erstmalig einen Rahmen, Schule und in Teilen berufliche Bildung auf diese skizzierte Weise zu entwickeln. Gleichzeitig werden auch weitere Anstrengungen nötig sein, die vor der Schule liegenden Bildungsprozesse zu adressieren. Denn die Herausforderung der Kompetenzarmut wird zwar erst in der Schule sichtbar, entsteht aber nicht ausschließlich dort. Die Frühe Bildung – ohne die keine langfristige und nachhaltige Veränderung beim Abbau von Kompetenzarmut möglich ist – sollte demnach verstärkt in den Blick genommen werden. Ein Zusammenwirken von Akteur:innen aus benachbarten Bildungsbereichen ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn es darum geht, Übergänge zu gestalten und Bildungsverläufe zu unterstützen. Nicht zuletzt geht es um die Anerkennung und proaktive Unterstützung des Bildungssystems in seiner Funktion als zentraler Ort für Integrationsprozesse, die eine erfolgreiche soziale Teilhabe in der Gesellschaft ermöglichen. Daher werden im Folgenden Herausforderungen für die Weiterentwicklung des Systems hergeleitet. Wir konzentrieren uns dabei darauf, solche Herausforderungen zu skizzieren, die die Reaktions- und Handlungsfähigkeit des Bildungswesens auch unter den Bedingungen von Krisen steigern können, und beschränken uns zudem auf solche Herausforderungen, die bildungsbereichsübergreifend angegangen werden können und müssen.

Bedarfsorientierte Ausfinanzierung des Bildungssystems



Zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen Bildungsangebots über alle Lebensphasen hinweg ist für ein ausfinanziertes Bildungssystem bei gleichzeitigen Flexibilisierungsoptionen in besonderer Weise Sorge zu tragen. Die Verständigung von Bund und Ländern, in den kommenden 10 Jahren 20 Milliarden Euro in die systemische Schul- und Unterrichtsentwicklung in herausfordernden Lagen zu investieren, setzt ein Zeichen, dass Ressourcen dort erhöht werden, wo der Bedarf am größten ist. In diesem Zusammenhang erscheint der konsequente Ansatz, knappe Ressourcen bedarfsorientiert zuzuweisen, ein richtiger und zukunftsentscheidender Weg, der aber auch auf andere Bildungsbereiche und die Übergänge zwischen ihnen angewandt werden sollte, z. B. im Übergangssektor oder in der Weiterbildung, insbesondere im Blick auf die geplante Bildungs(teil)zeit. Eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Weiterentwicklung des Bildungssystems ist eine stabile und an den Bedarfen orientierte Finanzierung, die nicht nur den Staat fordert, sondern vor allem in der Weiterbildung auch Unternehmen und Verbände.

Qualität professionellen Handelns des pädagogischen Personals sichern



Gut qualifizierte Fachkräfte sind eine wichtige Gelingensbedingung für die Zielerreichung in allen Bildungsbereichen. Vielerorts besteht jedoch bereits jetzt ein teils eklatanter Mangel an Fachkräften. Wenn z. B. Weiterbildung als ein adäquates Mittel zur Behebung des Fachkräftemangels in vielen Branchen gilt, muss zunächst die Weiterbildung selbst über hinreichend viele und qualifizierte Beschäftigte verfügen. Die Verringerung des Mangels an Fachkräften in weiten Teilen des Bildungssystems bedarf einer Strategie, die nicht ausschließlich mit der langfristigen Perspektive über die Neuqualifizierung von Personal ansetzt. Vielmehr bedarf es alternativer, kreativer Lösungen zur Bereitstellung von Bildungsräumen und Unterstützungsmaßnahmen pädagogischer Handlungsfelder, z. B. durch die stärkere Einbeziehung von KI-gesteuerten Systemen. Um auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können, braucht es kurzfristige Ansätze und mittelfristige, um stärker präventiv zu arbeiten und die bestehenden Problemlagen wirksam zu entspannen. Offensichtlich wird: Je schärfer der Fachkräftemangel, desto größer ist die Gefahr, Qualifizierungsaspekte und Qualitätsdimensionen nicht ausreichend in den Fokus zu nehmen, sowohl vorbereitend als auch berufsbegleitend.

Kontinuierliche Austausch- und Abstimmungsprozesse in der Governance innerhalb und zwischen Bildungsbereichen



Die Zuständigkeiten, Aufgaben und Verantwortlichkeiten von Bildungseinrichtungen sind in den meisten Bildungsbereichen rechtlich geregelt und bieten damit einen soliden Rahmen, der auch die Grundlage für die Qualitätssicherung und -entwicklung bildet. Nimmt man spezifische Bereiche des Bildungssystems evaluierend in den Blick, so gestalten sich die Governancestrukturen und -prozesse teils äußerst komplex und erschweren eine konstruktive Kooperation unterschiedlicher Akteur:innen. Eine Gemeinsamkeit aber besteht darin, dass Top-down-Strategien zur Implementierung von Innovationen nur dann gelingen können, wenn sie von den handelnden Akteur:innen aufgegriffen und ‚übersetzt‘ werden. Darüber hinaus sind innovative Konzepte genauer auf ihre Wirkungen zu prüfen. Dies erfordert ein schrittweises und kooperatives Vorgehen. Bei der Entwicklung geeigneter Maßnahmen für eine nachhaltige Verbesserung des Bildungsangebots ist daher die dafür notwendige Implementationsstrategie einer Innovation bereits im Entwicklungsprozess mitzubedenken. Große Förderprogramme wie SchuMaS, das Startchancen-Programm, das Berufsorientierungsprogramm des BMBF (BOP), die Dekade Alphabetisierung und Grundbildung in der Weiterbildung bieten eine Gelegenheit, die Bedingungen für das Gelingen von Veränderungsprozessen in den Blick zu nehmen. Dabei geht es um die Unterstützung der handelnden Akteur:innen durch die Etablierung von Praxen prozessbegleitender Selbstreflexion ebenso wie durch einschlägige Forschung. Eine nachhaltige Wirkung im System wird sich nur entfalten können, wenn alle systemischen Akteure wie z. B. Kernverwaltung der Ministerien, Schulaufsicht, Landesinstitute, Qualitätsagenturen, Kommunen, Schulträger, Bildungseinrichtungen, aber auch Sozialpartner, Betriebe, Politik und Arbeitsagenturen abgestimmt daran arbeiten, gemeinsame Ziele zu erreichen. Diese können nicht vorgegeben werden, sondern sind ‚auf Augenhöhe‘ gemeinsam zu entwickeln. Gelingen kann dies, wenn Angebote der Wissenschaft, Gesetzesgrundlagen der Politik, Umsetzungslogiken der Verwaltung und Bedarfe der Bildungspraxis, im Sinne einer kohärenten Systementwicklung, synthetisiert und synchronisiert werden. Dafür sind Brückeninstitutionen wie z. B. Landesinstitute für Lehrer:innenbildung unverzichtbar, um die benannten 4 Perspektiven zusammenzubringen.

Erfassung von individuellen Lernverläufen und Wirkungen von Reformmaßnahmen



Die Systementwicklung sowohl innerhalb eines Bildungsbereichs als auch zwischen Bildungsbereichen sollte in erster Linie daten- und evidenzbasiert erfolgen. Eine zentrale Herausforderung auf allen Systemebenen besteht darin, in den kommenden Jahren in allen Ländern ein wissenschaftsbasiertes Monitoringsystem aufzubauen. Ein solches müsste von den einzelnen Individuen über die Aggregation auf Lerngruppen, Institutionen, Institutionengruppen bis hin zu Regionen und Ländern steuerungsrelevante Informationen auf allen Ebenen und für alle Altersgruppen des bildungsbezogenen Handelns generieren. Das Fehlen dieser Daten führt zu Lücken in der Indikatorik für das Monitoring auf Systemebene. So können im Kontext der Bildungsberichterstattung viele relevante Fragen wenn überhaupt nur mit Befragungsdaten, mit deutlichen Einschränkungen (z. B. Nichtrepräsentanz, geringer regionaler und zeitlicher Auflösungsgrad, geringere Belastbarkeit) beantwortet werden. Dazu zählen etwa der Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in die verschiedenen Segmente der beruflichen Bildung, Informationen zu Ausbildungsverläufen (z. B. Abbrüche und Wiederholungen) im Schulberufssystem, die unzureichende Erfassung von Ganztagschüler:innen aufgrund zweier miteinander nicht kompatibler Erfassungssysteme (KMK & KJH-Statistiken) oder Integrations- und Sprachbildungsverläufe von Geflüchteten. Die Verfügbarkeit und die zielperspektivenorientierte Nutzung von Monitoringdaten (ggf. auch solcher des formativen Assessments) auf allen Ebenen im Sinne einer Verknüpfung von Diagnosedaten und darauf basierender Förderung stellt eine wichtige Gelingensbedingung für die Steigerung der Bildungsergebnisse und den Abbau von Kompetenzarmut dar, insbesondere in der frühen Bildung, der schulischen Bildung und der Berufsausbildung. Da entsprechende Strukturen für die Bildungsbereiche und in den Ländern bislang höchst unterschiedlich ausgeprägt sind (von im Prinzip nicht vorhanden bis sehr differenziert auf Individualebene im Längsschnitt verfügbar), sollten Bund und Länder in enger Abstimmung mit der Wissenschaft die Entwicklung eines solchen standardisierten Monitoringsystems angehen. Für die Umsetzung kann der Blick ins Ausland hilfreich sein, denn verschiedene Staaten (z. B. in Skandinavien) haben bereits entsprechende Datenvorhaben bei vergleichbaren Datenschutzbestimmungen realisiert. Die anstehenden Entwicklungen sollten als Weiterentwicklung bestehender Monitoringsysteme in eine Gesamtstrategie für ein Bildungsmonitoring eingebettet werden. Dabei ließen sich auch be-

stehende Diagnose- und Förderinstrumente der Länder sowie länderübergreifende Initiativen berücksichtigen. Zugleich sollten hier, wenn möglich, auch kommunale Bildungsdaten und -indikatoren aus regionalen Bildungsbüros integriert werden. Damit würde ein Grundstein für ein zu entwickelndes Qualitätssicherungssystem gelegt und gleichzeitig eine wichtige infrastrukturelle Grundlage entwickelt, die dann wiederum für eine systemische Weiterentwicklung des Bildungssystems dauerhaft nutzbar ist und geteilten Standards folgt.

Gemeinsames Verständnis von Zielen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten bei der Weiterentwicklung von Bildungsinstitutionen



Bildung ist Voraussetzung und Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse in modernen Gesellschaften. Bildung wird insgesamt ein hoher Wert zugeschrieben. An diesem Anspruch können Bildungseinrichtungen wachsen oder auch scheitern. Denn die Anforderungen, die an das Bildungssystem und seine Akteur:innen gestellt werden, sind vielfältig. In den letzten Jahren scheinen die wachsende Heterogenität sowie die gesellschaftlichen Herausforderungen zu immer neuen Aufgaben zu führen. Dabei erscheint es wichtig, einen Prozess anzustoßen, der im Ergebnis zum einen zu einer Aufgabenklärung des Bildungswesens führt, zum anderen zu einer Klärung der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten für seine kontinuierliche Verbesserung. Das schließt die Notwendigkeit ein, sich zwischen verantwortlichen Akteur:innen darüber zu verständigen, was eine Bildungsinstitution leisten kann, womit sie überfordert ist und

wer Verantwortung für das Gelingen wie auch das Misslingen übernimmt. Diese Diskussion und die damit verbundene Klärung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten ist aus 2 Gründen relevant: Zum einen macht sie deutlich, dass die in der Gesellschaft sichtbar werdenden Herausforderungen nur bedingt und teilweise gar nicht vom Bildungssystem adressiert werden können. Der Anspruch, Bildung könne hier der alleinige oder zentrale Hebel sein, führt zu Enttäuschungen, ohne dass die Herausforderungen faktisch angegangen werden. Zum anderen braucht es die Aufgabenklärung, um den Bildungsinstitutionen und den dort arbeitenden Akteur:innen auch die notwendige Struktur zur Verfügung zu stellen und die für die Aufgabenerfüllung relevante (Selbst-)Steuerung zu ermöglichen. Eine solche Klärung von Aufgaben, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten kann dazu beitragen, notwendige und wünschenswerte Veränderungsprozesse zu erkennen und zu gestalten.

Für die Weiterentwicklung des Bildungssystems erscheint eine gesamtgesellschaftliche Verständigung darüber notwendig, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und was Bildung dazu beitragen kann – zu individueller Entwicklung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und wirtschaftlicher Entwicklung in einer Gesellschaft im Umbruch. Nötig ist ein gesellschaftlicher Konsens darüber, was in einem notwendigen ‚Jahrzehnt der Bildung‘ (so ließe sich an die Programmatik des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales anschließen) erreicht werden kann und soll. Das wird nur möglich sein, wenn man die Augen nicht vor den Herausforderungen verschließt und sie gestalterisch annimmt und wenn es gelingt, sich auf Prioritäten im Handeln zu verständigen.

Bildung in Deutschland **kompakt** 2024

Zentrale Befunde des Bildungsberichts

Der nationale Bildungsbericht erscheint alle 2 Jahre als umfassende und empirisch fundierte Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens: von der Frühen Bildung über die allgemeinbildende Schule und die non-formalen Lernwelten im Schulalter, die berufliche Ausbildung und Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter.

In dieser Zusammenfassung werden zentrale Befunde dieses 10. Bildungsberichts, einschließlich seines Schwerpunktkapitels zu beruflicher Bildung, kompakt und anschaulich für die an bildungspolitischen Fragen interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.



Die Mitglieder der Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung vertreten die folgenden Einrichtungen:

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für lebenslanges Lernen e. V. (DIE)
Deutsches Jugendinstitut (DJI)
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW)
Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi)
Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität
Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Destatis, StLÄ)

Mit der Federführung des Berichts ist das DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation betraut.